



## Rechtsextremismus

- **Hinreichend gewichtige Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen bei den Gruppierungen „Der Flügel“ und „Junge Alternative Bayern“**
- **Europawahl beherrschend für den Aktionismus rechtsextremistischer Parteien im ersten Halbjahr 2019**
- **Kampfsportaktivitäten und –veranstaltungen entwickeln sich zunehmend zu bedeutsamen Aktionsformen der rechtsextremistischen Szene**

### 1. Beobachtung der Gruppierungen „Junge Alternative Bayern“ sowie „Der Flügel“ durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) erklärte am 15. Januar die AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA) und die Gruppierung „Der Flügel“ (Flügel) zum Verdachtsfall. Ferner teilte das BfV mit, dass im Rahmen der Verdachtsfallbearbeitung der Verfassungsschutzverbund, unter Federführung des BfV, die JA und den „Flügel“ systematisch beobachten wird. Die Bearbeitung einer Gruppierung durch das BfV als „Verdachtsfall“ entspricht der Bearbeitung einer Gruppierung als „Beobachtungsobjekt“ durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV).



Auf Grundlage der Erkenntnisse des BfV bearbeitet das BayLfV den Landesverband „Junge Alternative für Deutschland Bayern“ (JA Bayern) sowie den „Flügel“ als Beobachtungsobjekte.

## **Junge Alternative (JA)**

Hinsichtlich der bundesweiten JA liegen dem BfV hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte für eine extremistische Bestrebung vor. Diese ergeben sich u. a. aus programmatischen Aussagen der JA, in denen eine migrations- und insbesondere islamfeindliche Haltung offen zutage tritt. Unter Verwendung teils aggressiver Rhetorik warnt die JA immer wieder vor einem „Bevölkerungsaustausch“ durch Muslime und stellt diese als angebliches Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung dar.

Die Aussagen der JA machen deutlich, dass die Würde des Menschen als oberster Wert der Verfassung nicht respektiert wird. Die JA vertritt einen ethnisch homogenen Volksbegriff und macht jene, die dieser ethnisch geschlossenen Gemeinschaft nicht angehören, in eindeutiger Weise verächtlich. So bezeichnet die JA die Migrationspolitik der Bundesregierung als „*wahnsinniges Bevölkerungsexperiment*“, für das das „*Volk [...] mit seinem Blut*“ bezahle und das dazu führe, dass das deutsche Volk „abgeschafft“ werde.

Verfassungsschutzrechtlich relevant ist ein Volksbegriff, der von einer ethnisch homogenen Gemeinschaft ausgeht, mit der Folge, dass denjenigen Personen, die nicht dem „ethnisch definierten Volk“ angehören, der sich aus der Menschenwürde ergebende Achtungsanspruch abgesprochen und die elementare Rechtsgleichheit verweigert wird. Dieses ethnische Volksverständnis widerspricht dem in der Verfassung verankerten Volksverständnis. Danach gehören alle Personen – unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft – dem deutschen Volk an, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Die Programmatik der JA ist ferner gekennzeichnet durch die Missachtung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundprinzipien, insbesondere des Gewaltmonopols des Staates und der Rechtsbindung der Verwaltung.

### Situation in Bayern

In Bayern wird die JA durch den Landesverband „Junge Alternative für Deutschland Bayern“ (JA Bayern) vertreten. Die JA Bayern weist keine flächendeckenden bayerischen Strukturen auf. So existieren gegenwärtig zwar unterhalb des bayerischen JA-Landesverbandes vier Be-



zirksverbände (Franken, Oberbayern, Ostbayern und Schwaben), die Bayern in seiner Gesamtheit abdecken sollen, doch finden sich darunter aktuell nur rund zehn Kreisverbände. Gegenwärtig wird der JA Bayern ein Personenpotenzial im unteren dreistelligen Bereich zugerechnet.

#### Politischer Frühschoppen in München

In München veranstaltete die JA Bayern am 5. Mai einen politischen Frühschoppen mit mehreren Rednern und etwa 200 Teilnehmern. Prominentester Redner war Björn Höcke, Vorsitzender des AfD-Landesverbandes und der AfD-Landtagsfraktion in Thüringen. Höcke ist die Führungsperson der Sammlungsbe-  
wegung „Der Flügel“. Ort der JA-Veranstaltung war eine Gaststätte auf dem Gelände einer städtischen Bezirkssportanlage. Das von der Landeshauptstadt München am 3. Mai gegenüber den von der JA Bayern angekündigten Rednern erteilte Hausverbot hob das Bayerische Verwaltungsgericht München am 4. Mai auf.

Höcke diffamierte in seiner Rede die Bundesrepublik Deutschland als einen „per-  
versen“ und „dekadenten“ Staat, er fordert dazu auf, eine „geistig-moralische  
Wende“ zu „erzwingen“:

*„Und es ist jetzt allerhöchste Eisenbahn, das Land ist in größter Not. Jetzt, liebe  
Freunde, muss die AfD nicht nur über diese geistig-moralische Wende reden,  
sondern wir müssen sie erzwingen.“*

Die Rede Höckes offenbarte ein auf einem ethnisch-homogen definierten Volks-  
begriff beruhendes Gesellschaftsideal. Migration aus dem vorderasiatischen Raum  
führe laut Höcke etwa zu einem „Kultur- und Zivilisationsbruch“, den er als abzu-  
wendende historisch-kulturelle „Kernschmelze“ bezeichnet. Ebenso findet sich in  
der Rede auch das in rechtsextremistischen Kreisen weit verbreitete Untergangs-  
narrativ von einem sich im „Existenzkampf“ befindenden deutschen Volk, dessen  
kollektives Überleben bedroht sei:

*„Unser eigenes Geburtenverhalten als deutsches Volk, parallel gelegt zum Gebur-  
tenverhalten der Migranten in Deutschland, zusätzlich die Einwanderung, die nach  
Deutschland kommt, die wird uns schon bald zur Minderheit im eigenen Land ma-  
chen. Schon bald. In den großen Städten im Westen ist das bereits der Fall. Diese  
Städte haben wir bevölkerungsmäßig leider schon verloren [...] Wir kämpfen einen  
Kampf um alles oder nix, wir kämpfen den Kampf als Deutsche und als Europäer*

*um Sein oder Nichtsein. [...] Deutschland ist kein Siedlungsgebiet. Deutschland ist nicht verhandelbar.“*

#### „Konservatismus-Kongress“ in Hirschaid

Am 30. Juni veranstaltete die JA Bayern mit fünf Rednern einen „Konservatismus-Kongress“ in Hirschaid/Oberfranken. Das jährlich stattfindende Treffen fand zum zweiten Mal statt und zog etwa 100 Teilnehmer an. Kongressziel sei die „Bildung und Festigung des politisch-weltanschaulichen Wertefundaments“ der Organisation.

Der bayerische Landesverband versucht sich gegenüber anderen JA-Landesverbänden als Organisator von Veranstaltungen mit einer über die Landesgrenzen hinausgehenden Anziehungskraft hervorzutun. Dies könnte die Bedeutung des bayerischen Landesverbands innerhalb der Bundes-JA stärken. Gleichzeitig etabliert sich die JA Bayern damit als aktivistische Kraft.

#### **„Der Flügel“**

Hinsichtlich der Gruppierung „Der Flügel“ liegen dem BfV hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte für eine extremistische Bestrebung vor. Das propagierte Politikkonzept des „Flügels“ ist auf Ausgrenzung, Verächtlichmachung und weitgehende Rechtlosstellung von Ausländern, Migranten, insbesondere Muslimen und politisch Andersdenkenden gerichtet. Es widerspricht der Menschenwürdegarantie des Art. 1 Abs. 1 GG sowie wesentlichen Elementen des Demokratie- und Rechtsstaatsprinzips. Einzelne Personen des „Flügels“ weisen nach Informationen des BfV zudem Bezüge zu bereits als extremistisch eingestuften Organisationen auf.



Der Fortbestand eines vermeintlich existenten organisch-einheitlichen Volkes wird als höchster Wert angesehen und zum politischen Ziel erklärt. Der einzelne Deutsche wird nur als Träger des Deutschtums wertgeschätzt. Als „Kulturfremde“ bezeichnete Nicht-Deutsche gelten als nicht integrierbar und als potenzielle Gefahr für den Fortbestand des deutschen Volkes. Ihnen soll eine Bleibeperspektive konsequent verwehrt werden. Ziel des „Flügels“ ist ein ethnisch homogenes Volk, das keiner „Vermischung“ ausgesetzt sein soll.

„Flügel“-Vertreter wenden sich gegen das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip. Demokratische Entscheidungen werden beim „Flügel“ nur akzeptiert, wenn diese zu einer Regierungsübernahme durch die AfD führen. Im Falle des Scheiterns der AfD gelte: „Danach kommt nur noch: Helm auf.“

In einem Interview, das in der Juni-Ausgabe des Magazins Compact veröffentlicht wurde, hatte sich Björn Höcke, Führungsperson des „Flügels“, zum Begriff „Umvolkung“ bekannt:

*„Mir fällt für die offenkundig systematisch betriebene Zerstörung der gewachsenen Völker auch kein treffenderer Begriff ein“*, so Höcke.

Der Begriff „Umvolkung“ ist der nationalsozialistischen Volkstumspolitik entlehnt. Die Relativierung des historischen Nationalsozialismus ist prägend für die Aussagen von „Flügel“-Vertretern.

„Der Flügel“ gründete sich als „Sammlungsbewegung innerhalb der AfD“ durch die sogenannte „Erfurter Resolution“, die am 14. März 2015 im Rahmen des Landesparteitags der AfD Thüringen vorgestellt wurde. Laut „Erfurter Resolution“ verstehen viele Mitglieder die AfD u. a. „als Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands“. Ferner wird in der „Erfurter Resolution“ behauptet, das Projekt „Alternative für Deutschland“ sei in Gefahr, weil diese sich *„ohne Not mehr und mehr dem etablierten Politikbetrieb“* und *„dem Verrat an den Interessen unseren Landes“* anpasse.

„Der Flügel“ ist keine Vereinigung im Sinne der AfD-Bundessatzung. Gleichwohl behauptet die Gruppierung von sich selbst, sie sei *„als Rückversicherung innerhalb der AfD [...] ein Garant für Zusammenhalt“*. Es gäbe beim „Flügel“ keine Mitgliedschaften. Wer sich zum „Flügel“ bekenne, könne die „Erfurter Resolution“ unterzeichnen.

Beim AfD-Kreisverband Nordhausen-Eichsfeld-Mühlhausen/Nordthüringen ist die organisatorische Arbeit des „Flügels“ konzentriert. Das sogenannte „Kyffhäuser-treffen“ ist die zentrale bundesweite „Flügel“-Veranstaltung. Sie findet seit 2015 jährlich statt und versammelt regelmäßig mehrere hundert Teilnehmer. „Der Flügel“ kündigte für das Jahr 2019 im Bundesgebiet eine Ausweitung regionaler Veranstaltungen an. Im Internet betreibt der „Flügel“ zudem einen Versandhandel.

### Situation in Bayern

Offizielle Strukturen des „Flügels“ in Bayern sind bislang nicht bekannt. Eine als Funktionär des AfD-Kreisverbands Aichach-Friedberg bekanntgewordene Person ist für organisatorische Angelegenheiten des „Flügels“ bayerischer Ansprechpartner. In Bayern fanden einzelne interne „Flügel“-Veranstaltungen oder öffentliche AfD-Veranstaltungen mit Bezug zum „Flügel“ statt. Gegenwärtig wird dem „Flügel“ in Bayern ein Personenpotenzial im unteren dreistelligen Bereich zugerechnet.

### Süddeutsches „Flügel“treffen in Greding

Am 4. Mai fand in einer Veranstaltungshalle in Greding das „Süddeutsche Flügel-treffen“ statt. Hauptredner war Björn Höcke. Weitere Redner kamen aus Bayern und Baden-Württemberg, darunter auch Vorstandsmitglieder des bayerischen AfD-Landesverbands. Unter den etwa 450 Veranstaltungsbesuchern aus Bayern, Baden-Württemberg und in Teilen auch aus anderen Bundesländern waren auch einzelne Personen, die den extremistischen Gruppierungen Identitäre Bewegung Schwaben und PEGIDA Nürnberg zugeordnet werden können. Zum Ende der Veranstaltung wurde das Deutschlandlied, beginnend mit dem Text der ersten Strophe<sup>1</sup>, über die Lautsprecheranlage eingespielt. Einzelne Personen sangen die erste Strophe mit.

Björn Höcke befasste sich in seiner Rede insbesondere mit dem Thema Migration, traf in diesem Zusammenhang als völkisch zu bewertende Aussagen und rekurrierte auf das im Rechtsextremismus weit verbreitete Verschwörungsmotiv, wonach das „deutsche Volk“ durch zugewanderte „volksfremde“ Migranten verdrängt werden solle:

*„[...] weil die EU-Apparatschiks und ihre willigen Vollstrecker in den deutschen Altparteien Europa nur noch als ein wirtschaftstechnokratisches Siedlungs- und Ausbeutungsgebiet für alle Menschen dieser Welt träumen, geräumt von den lästigen Autochthonen, also einheimischen Völkern und ihren nationalen Kulturen, also von uns, den schon länger hier Lebenden. [...] Denn wir wissen, Heimat verliert man nicht nur durch Flucht und Vertreibung, wie schrecklich das auch ist, sondern man verliert sie auch dadurch, dass man zur Minderheit im eigenen Land wird.“*

---

<sup>1</sup> Deutsche Nationalhymne ist seit 1991 die dritte Strophe des „Lieds der Deutschen“ von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben. Die erste Strophe, beginnend mit dem Vers „Deutschland, Deutschland über alles...“, ist aufgrund ihrer Verwendung zusammen mit dem „Horst-Wessel-Lied“ als Nationalhymne während der NS-Diktatur diskreditiert.

Höcke bediente unterschwellig auch antisemitisches Gedankengut. So sprach er von George Soros, einem amerikanisch-ungarischen Milliardär jüdischer Abstammung, der zivilgesellschaftliche Akteure in mehreren Ländern fördert, mit den Worten

*„[...] die EU ist in ihrer heutigen Form nichts anderes als eine neoliberalistische Globalisierungsagentur, die den volkszerstörenden und als pervers zu bezeichnenden Ungeist eines George Soros exekutiert.“*

Die deutsche Bundeskanzlerin bezeichnete Höcke ferner als „Soros-Kundin“. Unter der Chiffre „George Soros“ wird u. a. von Rechtsextremisten seit einigen Jahren unterschwellig antisemitisches Gedankengut transportiert. In einschlägigen Verschwörungstheorien wird ihm u.a. unterstellt, gezielt die Masseneinwanderung nach Europa zu befördern. Es wird ein Bild von ihm gezeichnet, das den typischen antisemitischen Stereotypen von der vermeintlichen Weltverschwörung einer jüdischen Finanzelite entspricht.

Ein Redner äußerte sich fremdenfeindlich, indem er Flüchtlinge u. a. pauschal der Begehung von schwersten Straftaten bezichtigte:

*„[W]as da [...] über unser Land hereingebrochen ist. Hereingebrochen im Gefolge meist muslimischer junger Männer – von links/grün gerne Goldstücke genannt – die jedoch nichts anderes sind als eine Bande von Tunichtguten [...] – die ihre martialischen [...] Vorstellungen von Staat, Religion, Frauen, Familie und Eigentum in unser Land tragen. Getrieben von der Vorstellung, sich in Deutschland alles aneignen zu dürfen, was uns so wertvoll ist. Und dabei messern, morden, vergewaltigen, rauben und stehlen.“*

Ein weiterer Redner, postulierte das Ideal einer geschlossenen ethnokulturellen Gesellschaft und warnte vor dem angeblich bevorstehenden „Untergang“ des deutschen Volkes:

*„Wir sind nicht angetreten, um mit dem Establishment am Tisch zu sitzen und mitzufeiern. Denn eines muss uns klar sein, auf dieser Party, die dort gefeiert wird, wird auf den Ruinen unserer Kultur und auf den Gräbern der Opfer der Masseneinwanderung getanzt. Diese Party, die dort stattfindet, ist ein Totentanz, dort wird unser eigener Untergang gefeiert.“*

Derselbe Redner forderte auch die Aufhebung der sogenannten „Unvereinbarkeitsliste“ der AfD, mit der die AfD signalisierten wollte, dass sie sich vor dem Beitritt und dem Einfluss von Personen schützt, die sich zuvor in extremistischen Organisationen engagierten:

Bei den beiden letztgenannten Rednern handelte es sich um Vorstandsmitglieder des bayerischen AfD-Landesverbands. Laut Medienberichten wurden diese mittlerweile aus dem Landesvorstand ausgeschlossen.

## **2. Abschneiden der rechtsextremistischen Parteien bei der Europawahl 2019**

Am 26. Mai fand in Deutschland die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Daran nahmen die NPD, „Der Dritte Weg“ (III. Weg) und „DIE RECHTE“ teil. Keine der Parteien konnte ein Mandat im Europäischen Parlament erringen. Im Einzelnen erreichten die NPD bundesweit 0,3 Prozent und „DIE RECHTE“ 0,1 Prozent, der „III. Weg“ blieb unter 0,1 Prozent.

Das Ergebnis bedeutet für die NPD einen Rückgang von 0,7 Prozentpunkten und damit auch den Verlust des bisherigen Mandats von Udo Voigt im Europäischen Parlament. Damit verliert auch der Münchner Stadtrat der Bürgerinitiative Ausländerstopp Karl Richter seinen Posten als Mitarbeiter Voigts im Europäischen Parlament. Zudem verfehlten alle drei rechtsextremistischen Parteien die für die Teilnahme an der staatlichen Parteienfinanzierung vorausgesetzten 0,5 Prozent der Stimmen.

In Bayern wurden für die NPD mit 8.835 Stimmen insgesamt 0,2 Prozent der gültigen Stimmen abgegeben. „DIE RECHTE“ erzielte mit 2.062 Stimmen in Bayern ein besseres Ergebnis als der „III. Weg“, der auf 1.886 Stimmen kam. Das bedeutet für beide Parteien einen Stimmenanteil unter 0,1 Prozent. Somit liegt das prozentuale Wahlergebnis der drei rechtsextremistischen Parteien in Bayern noch unter dem bundesweiten Schnitt.

## Wahlkampf:

### III. Weg

Das Thema Europawahl beherrschte im ersten Halbjahr 2019 weitgehend den Aktionismus der rechtsextremistischen Parteien in Bayern. Vor allem der „III. Weg“ fokussierte sich in Bayern auf den Wahlkampf zur Europawahl unter dem Motto „Europäische Eidgenossenschaft statt EU-Diktatur“. So wurden die in den letzten Jahren durchgeführten traditionellen Mobilisierungsveranstaltungen für die 1. Mai-Demonstration der Partei dieses Jahr am 13. April in Oberschleißheim, Schweinfurt und Kronach als Veranstaltungen zum Wahlkampfauftakt abgehalten. Darüber hinaus organisierte die Partei im Wahlkampf an mehreren Stellen in Bayern Infotische. Die meisten Veranstaltungen wurden vom Stützpunkt Ostbayern des „III. Weg“ durchgeführt. Der Stützpunkt Ost umfasst die Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz.

Bereits am 28. Juli 2018 hatte Jasmin Eisenhardt (Mitglied des Stützpunktes Ostbayern) während einer Rednerveranstaltung des „III. Weg“ in Furth im Wald offiziell ihre Kandidatur für die Europawahl 2019 bekannt gegeben. Sie war neben Christian Uhlstein und Sascha Rudisch eines von drei bayerischen Mitgliedern des „III. Weg“, die zur Europawahl 2019 antraten. Der „III. Weg“ hatte insgesamt zehn Kandidaten zur Europawahl aufgestellt.

Öffentliches Aufsehen erregte ein Wahlplakat des „III. Weg“, das eine Gefängniszelle und den Slogan „Reserviert für Volksverräter“ zeigt und von der Partei – ganz offensichtlich zur gezielten Provokation – auf dem Münchner Platz der Opfer des Nationalsozialismus angebracht wurde. Aufgrund des Motivs wurde Anzeige gegen die Partei erstattet. Die Münchner Staatsanwaltschaft bewertete die Wahlplakate des „III. Weg“ als nicht strafbar. Die Wahlplakate auf dem Platz der Opfer des Nationalsozialismus verstießen allerdings gegen Auflagen der lokalen Behörden.



Bild links: picture alliance/ZUMA  
Press, Fotograf: Sachelle Babbar

Die Plakatierung des „III. Weg“ geschah zwar nicht flächendeckend – dazu fehlten sowohl die nötige Anzahl an Aktivisten als auch die finanziellen Ressourcen – al-

lerdings versuchte die Partei punktuell nicht nur Wahlklientel in fränkischen Städten, sondern vereinzelt auch gezielt in kleineren, ländlicheren Ortschaften zu erreichen. Darüber hinaus verteilte die Partei nach eigenen Darstellungen noch mehrere tausend Flugblätter an Haushalte in verschiedenen Ortschaften.



### DIE RECHTE



Anders als der „III. Weg“ war „DIE RECHTE“ im Wahlkampf zur Europawahl in Bayern kaum aktiv. Sie verteilte – vermutlich durch außerbayerische Aktivisten – nach eigenem Bekunden lediglich in Aschaffenburg Flugblätter (Wochenende 18./19. Mai). Die Partei hatte im Wahlkampf vor allem dadurch auf sich aufmerksam gemacht, dass sie als Spitzenkandidatin die 90-jährige inhaftierte Holocaustflüchterin Ursula Haverbeck nominiert hatte.

### NPD

Die Wahlkampfaktivitäten der NPD blieben in Bayern auf einem insgesamt niedrigen Niveau. NPD-Flugblattverteilungen mittels Briefkasteneinwürfen fanden sporadisch vor allem in Nürnberg statt. Dabei wurden insbesondere Flugblätter mit dem Slogan „Abschiebung statt Integration“ sowie Abbildungen des Spitzenkandidaten Udo Voigt verteilt.

An mehreren Stellen in Bayern wurden zudem NPD-Wahlplakate mit den bekannten NPD-Sprüchen „Migration tötet“ und „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“ aufgestellt. Eine flächendeckende Plakatierung der NPD sowie



Bild oben: picture alliance/ZUMA Press  
Fotograf: Sachelle Babbar

größere Wahlkampfveranstaltungen fanden in Bayern nicht statt.

### Fazit

Während die Wahlteilnahme für die beiden Parteien „DIE RECHTE“ und „III. Weg“ vor allem ein Schritt zur Sicherung des Parteienstatus gewesen sein dürfte, hatte sich die NPD die Verteidigung ihres parlamentarischen Mandates erhofft. Der Verlust dieses Mandates und der damit verbundenen Gelder und Posten dürfte die Partei weiter schwächen.

### **3. Bürgerwehren und Streifengänge**

Im Rahmen von rassistisch motivierten Bürgerwehr- und Patrouille-Aktionen und Sicherheitsinitiativen schüren Rechtsextremisten Ängste vor Migranten und suggerieren, dass der Staat und seine Sicherheitsorgane nicht mehr in der Lage seien, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Sie inszenieren sich dabei als Mahner, Kümmerer und vor allem als vermeintliche Gewährleister von Schutz und Ordnung im öffentlichen Raum.

In Bayern führten erneut mehrere rechtsextremistische Gruppen Streifengänge durch.

#### **Wodans Erben Germanien**

Die Gruppe „Wodans Erben Germanien“ (WEG) ging im Juni 2018 aus der ehemals in Bayern aktiven Bürgerwehrgruppe „Soldiers of Odin“ (SOO) hervor. Wie bereits die Mitglieder der SOO treten auch die Aktivisten der WEG einheitlich gekleidet (schwarze Jacken,



Westen und Mützen mit weißen Abzeichen und Schriftzügen) auf. Ihr Logo ist ein nordischer Helm mit dahinter befindlichen, gekreuzten Wikinger-Äxten. Rund ein halbes Dutzend Streifengänge der WEG wurden im ersten Halbjahr 2019 in den Städten Nürnberg und München festgestellt. Zumeist handelte es sich dabei um Aktionen von Kleinstgruppen mit nur wenigen Teilnehmern, für einzelne Aktionen konnten jedoch in der Spitze ca. 20 Personen mobilisiert werden. Wiederholt versuchten die Aktivisten der WEG, durch Ortswahl und Erscheinungsbild ihrer Auftritte gezielt zu provozieren:

Am 2. Februar patrouillierten sie vor einer Asylbewerberunterkunft in Nürnberg.  
Am 9. Februar betraten sie im Rahmen eines Patrouillengangs das Gelände einer Asylbewerberunterkunft in München-Moosach. Am 23. Februar konnte nur durch Platzverweise und massive Polizeipräsenz eine Provokation der WEG in unmittelbarer Nähe der als Asylbewerberunterkunft genutzten ehemaligen Grundig-Hochhäuser verhindert werden. Ebenfalls am 23. Februar veranstalteten die WEG-Aktivisten einen nächtlichen Fackelumzug auf die Tribüne des ehemaligen NS-Reichsparteitagsgeländes in Nürnberg<sup>2</sup>.

### **Vikings Security Germania**

Bei der Bürgerwehrgruppe „Vikings Security Germania Division Bayern“ (VSG) handelt sich um eine Abspaltung der ehemals in Bayern aktiven Gruppierung „Soldiers of Odin“ (SOO). Die Gruppe ist seit März 2018 aktiv. Sie orientiert sich in ihrer Organisationsstruktur an Rookerclubs und verwendet das nordisch-wikingische Raben-Symbol (Odins Raben) als Gruppenemblem. Im ersten Halbjahr 2019 wurde lediglich ein Streifengang der VSG am 16. März in Landshut festgestellt.



### **NPD „Schutzzonenkampagne“**

Die NPD propagiert bereits seit August 2017 die Errichtung sogenannter „Schutzzonen“ für Deutsche. Auf der Partei-Website findet sich u. a. ein Internetshop, wo Sympathisanten Westen, Baseballmützen, Flyer und Sticker mit dem Schutzzonen-Logo sowie Reizgas und Taschenalarmer bestellen können. „Schutzzonen“-Aktionen der NPD wurden in mehreren Bundesländern durchgeführt. In Bayern finden „Schutzzonen“-Aktionen erst seit 2018 statt.

Am 1. Januar fand eine „Schutzzonenstreife“ der NPD in Amberg statt, die Bezug nahm auf die mutmaßlich von vier ausländischen Jugendlichen begangenen Körperverletzungsdelikte gegen zwölf Passanten in Amberg. An der NPD-Patrouille nahmen fünf Personen teil. Im Nachgang veröffentlichte die NPD Nürnberg auf Facebook und YouTube ein Video über den Rundgang in Amberg, den sie als

---

<sup>2</sup> Zu den Patrouillengängen vom 2. und 23. Februar siehe auch Kapitel „Gemeinsame „Bürgerwehrstreife“ von Aktivisten der Gruppe Wodans Erben Germanien (WEG) und der NPD in Nürnberg“

„erste Schutzzonen-Streife in Amberg“ bezeichnete. Die gezeigten Personen hielten sich im Bereich des Bahnhofs, der Innenstadt sowie einer Flüchtlingsunterkunft auf.

Am 24. März führten vier Aktivisten des Nürnberger Kreisverbands der NPD eine „Schutzzonenstreife“ durch. Für die Öffentlichkeit erkennbar waren sie anhand der roten Warnwesten mit der Aufschrift „Wir schaffen Schutzzonen“. Als sich die Aktivisten einer Asylbewerberunterkunft in der Galgenhofstraße näherten, erfolgte eine Kontrolle durch die Polizei. Danach wurde der „Streifengang“ beendet.

### **Gemeinsame „Bürgerwehrstreife“ von Aktivisten der Gruppe Wodans Erben Germanien (WEG) und der NPD in Nürnberg**

Am 2. Februar fand in Nürnberg ein „Streifengang“ der WEG statt, an dem sich ca. ein Dutzend Rechtsextremisten beteiligten. Darunter waren auch Rechtsextremisten, die bisher keinen Bezug zur Gruppe WEG aufwiesen, sondern durch ihre Teilnahme an regionalen „Streifengängen“ im Rahmen der sogenannten NPD-Schutzzonen-Kampagne an die Öffentlichkeit getreten waren. Ein selbstgedrehtes Video von der Aktion wurde auf den YouTube- und Facebook-Präsenzen „Patrioten TV Nürnberg“ verbreitet.

Am 23. Februar fanden sich erneut Aktivisten der WEG und NPD-Anhänger in Nürnberg zusammen. Die 18-köpfige Gruppe traf sich in der Nähe der Grundigtürme mit dem Ziel, die dortige Asylbewerberunterkunft aufzusuchen. Die Polizei in Nürnberg verhinderte das Betreten des Geländes, stellte die Identität der Rechtsextremisten fest und unterband weitere Aktionen vor Ort. Kurze Zeit später versammelten sich die Rechtsextremisten auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände. Dort entzündeten sie mitgebrachte Fackeln, betraten die Steintribüne und formierten sich zu einer Reihe, um den Eindruck einer größeren Gruppe zu erwecken. Ein Video der Aktion wurde später auf dem YouTube-Kanal „Patrioten TV Nürnberg“ veröffentlicht, wobei die Sequenz an der Steintribüne musikalisch mit allen drei Strophen des „Liedes der Deutschen“ hinterlegt wurde.

Eine weitere gemeinsame Aktion von WEG- und NPD-Aktivisten fand am 9. März statt. Etwa ein Dutzend Aktivisten trafen sich in der Münchner Odinstraße mit dem Ziel, die nahegelegene Wotan-Statue aufzusuchen. Die Aktion wurde von einem

Filmteam des YouTube-Kanals „Patrioten TV Nürnberg“ begleitet und dokumentiert.

Im Zusammenhang mit diesen gemeinsamen Aktivitäten kam es zu Zerwürfnissen einiger hauptbeteiligter NPD-Aktivisten mit der eigenen Parteiführung. Vor allem die Aktion vom 23. Februar auf dem ehemaligen Nürnberger Reichsparteitagsgelände, die auch eine hohe Medienresonanz hervorgerufen hatte, wurde aufgrund der zu eindeutigen Bezugnahmen auf den historischen Nationalsozialismus von Parteistrategen vor dem Hintergrund der anstehenden Europawahlen moniert.

### **Gefahrenpotenzial von Bürgerwehrstreifen**

Rechtsextremistische Bürgerwehraktivisten diskreditieren einzelne Bevölkerungsgruppen auf eine fremdenfeindliche und rassistische Art und Weise, schüren durch ihre verbal aggressiven Äußerungen in den sozialen Netzwerken den Hass auf Flüchtlinge und Personen mit Migrationshintergrund und stellen das staatliche Gewaltmonopol in Frage. Flüchtlingen werden bestimmte Grundrechte (vor allem das auf Asyl) abgesprochen.

Durch die Art und Weise der öffentlichen Agitation, wie z. B. die Fackelentzündung auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände, das Zeigen des Hitlergrußes durch einen Teilnehmer einer WEG-Streife oder Diskussionen in sozialen Netzwerken (Verherrlichung der eigenen Abstammung u. ä.) wird immer wieder bewusst ein Bezug zum historischen Nationalsozialismus und dessen ethnisch-biologischem „Volksbegriff“ hergestellt. Hinzu kommt mitunter ein durch die einheitliche Kleidung und Gruppenstärke erzeugtes martialisches Auftreten (so im Falle der rockerähnlich strukturierten WEG und VSG), mit dessen Hilfe man sich als Gewährleister von Schutz und Ordnung im öffentlichen Raum aufzuspielen versucht und eine einschüchternde Wirkung gegenüber Personen mit Migrationshintergrund erzeugt werden soll.

Indem zugleich in der Außendarstellung die Agitationsform als „Nachbarschaftshilfe“ o. ä. verharmlost wird, soll die eigene rechtsextremistische Ideologie verschleiert werden. Das Ziel, Anschluss an größere Bevölkerungsgruppen zu finden, wurde bislang nicht erreicht: Der reale Gruppenzulauf und die virtuellen Sympathisanzahlen in den sozialen Netzwerken stiegen 2019 bisher nicht signifikant an.

Auch wenn diesbezüglich bisher keine gewalttätigen Aktionen in Bayern begangen wurden, lassen das teils martialische Auftreten sowie der kämpferisch-aggressive Duktus ihrer Beiträge in den sozialen Medien eine grundsätzliche Affinität einiger Gruppierungen zu Gewalt erkennen.

Die Gruppe VSG postete einen Facebook-Beitrag mit der Überschrift „*Worte zeigen, was jemand gerne wäre. Taten zeigen, was jemand wirklich ist.*“

Auf dem dazugehörigen Foto ist eine Person mit VSG-typischer Weste und einer im Hintergrund deutlich erkennbaren Axt abgebildet. Die Gruppe WEG postete mehrere Beiträge, die u. a. folgende Aussagen enthielten:

„*Freiheit wird nicht erbettelt, sondern erkämpft.*“

#### **4. Skinheadgruppierung Voice of Anger**

##### **Aktuelle Entwicklungen**

In der Nacht vom 24./25. April 2017 brannte eine von der Skinheadgruppierung „Voice of Anger“ (VoA) genutzte Gaststätte in einer Kleingartenanlage in Memmingen ab und wurde weitgehend zerstört. In der Folgezeit wurde das Gebäude durch VoA wieder aufgebaut und instandgesetzt. Seit Januar 2019 wird die ehemalige Gaststätte wieder als Clubhaus der Gruppierung genutzt. Der NPD-Kreisverband Memmingen/Unterallgäu unterstützte die Skinheadgruppierung, indem er nach dem Brand im sozialen Netzwerk Facebook um Geldspenden für den Wiederaufbau warb.

Im ersten Halbjahr 2019 fanden in dem wiederaufgebauten VoA-Clubhaus in Memmingen mehrere rechtsextremistische Veranstaltungen statt. Bei einem Konzert am 2. März traten die Band „Unbeliebte Jungs“ und der rechtsextremistische Sänger „Der Metzger“ vor etwa 50 Personen auf. Darüber hinaus führte VoA im ersten Halbjahr drei weitere rechtsextremistische Veranstaltungen in dem Clubhaus durch, bei denen auch Bands bzw. Liedermacher spielten. So trat am 26. Januar vor etwa 60 Teilnehmern die rechtsextremistische Band „Kommando Skin“ auf. Der Auftritt eines Liedermachers vor etwa 60 Besuchern am 30. März fand ebenfalls im Rahmen einer rechtsextremistischen Feier statt. An dem für die rechtsextremistische Szene bedeutsamen Datum 20. April, dem Geburtstag Adolf

Hitlers, spielte im Clubhaus der VoA in Memmingen der rechtsextremistische Liedermacher Griffin vor etwa 40 Zuhörern.

Die Veranstaltungen des ersten Halbjahres 2019 belegen die Relevanz, die eigene Immobilien für die rechtsextremistische Szene haben, da die Anmietung von Gaststätten häufig misslingt. Solche Veranstaltungsräume werden dazu genutzt, um relativ ungestört Feiern und Konzerte veranstalten zu können. Aufgrund der Platzverhältnisse ermöglicht das Clubhaus in Memmingen allerdings keine größeren Veranstaltungen, die über die bislang erreichten Teilnehmerzahlen hinausgehen.

Um den Immobilienerwerb oder deren Nutzung durch extremistische Bestrebungen zu verhindern, sensibilisiert die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) als zentrale Informations- und Beratungsstelle der Staatsregierung im Rahmen von Bürgermeisterdienstbesprechungen die kommunalen Entscheidungsträger, klärt über mögliche Gefahren auf und berät zum weiteren Vorgehen. Zudem werden jene Gemeinden unterstützt, die von rechtsextremistischen Konzerten betroffen sind, damit im konkreten Einzelfall Veranstaltungen verhindert oder eine Etablierung unterbunden werden kann. Das strikte Vorgehen der bayerischen Sicherheitsbehörden führte bereits wiederholt dazu, dass Musikveranstaltungen in Bayern nicht stattfanden.

### **Hintergrund VoA**

VoA wurde im Jahr 2002 in Memmingen als Skinhead-Vereinigung von überwiegend jüngeren Skinheads gegründet. Sie ist subkulturell-neonazistisch orientiert. VoA gliedert sich derzeit in die Sektionen Memmingen, Schwaben, Unterallgäu und Nomads und umfasst insgesamt etwa 60 Mitglieder und Sympathisanten. Im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten steht die Ausrichtung von internen Veranstaltungen, um den Zusammenhalt zu fördern. Zudem organisiert die VoA die Teilnahme an Skinhead-Konzerten. Eine der Führungsfiguren, Benjamin Einsiedler, vertreibt daneben mit seinem Szeneversandhandel „Oldschool Records“ Szeneartikel und Tonträger. Mitglieder von „Voice of Anger – Nomads“ gründeten im Jahr 2010 die Skinhead-Band „Kodex Frei“.

„Voice of Anger“ ist derzeit eine der wenigen noch überregional aktiven Skinhead-Kameradschaften. Entgegen der sonst rückläufigen Entwicklung der subkulturell geprägten Skinheadszenen konnte VoA ihren Mitgliederstand konstant halten und stellt somit die größte Skinhead-Gruppierung in Bayern dar. Gleichwohl verzeichnete die VoA einen nur sehr geringen Zuwachs an neuen Mitgliedern. Diese müssen ein abgestuftes Aufnahmeverfahren ähnlich dem einer Rockergruppierung durchlaufen.

Dass VoA in der Vergangenheit jeweils am Volkstrauertag Aktionen zum „Heldengedenken“ durchführte, belegt ihre subkulturell-nationalsozialistische Ausrichtung. So wurden zuletzt am 17. November 2018 an zahlreichen Denkmälern im Bereich Memmingen und im Landkreis Unterallgäu durch Anhänger der VoA u. a. Kränze, Holzkreuze und Kerzen niedergelegt.

## **5. Rechtsextremismus und Kampfsport**

Kampfsportaktivitäten und -veranstaltungen erweisen sich als zunehmend bedeutende Aktionsform innerhalb der rechtsextremistischen Szene. Sie dienen vorgeblich dazu, die Anhänger einzelner Gruppen für den „politischen Kampf“ vorzubereiten sowie eine „gesunde Lebensweise“ und „geistige Werte“ zu vermitteln. Tatsächlich soll jedoch ein rechtsextremistisches Erlebnismilieu geschaffen werden, das die Attraktivität der Gruppen sowohl für gewaltaffine Szeneangehörige als auch für unpolitische Kampfsportinteressierte gleichermaßen erhöhen soll und Möglichkeiten der überregionalen und internationalen Vernetzung bietet.

Propagiert wird im Rahmen der jeweiligen Kampfsportinitiativen oftmals eine vermeintlich mystische Pflicht, die „Volksgesundheit“ und „Wehrhaftigkeit“ hochzuhalten und einen „neuen Menschenschlag“ zu schaffen, der stark an das im Nationalsozialismus propagierte Ideal des Herrenmenschen angelehnt ist. Die sportliche Betätigung in verschiedenen Disziplinen des Kampfsports wird ideologisch im Sinne einer Wehrhaftigkeit gegen „das System“ aufgeladen. Nicht zuletzt werden die Anhänger und Teilnehmer im Rahmen von Wettkämpfen und Trainings auch auf konkrete Kampfsituationen außerhalb des sportlichen Felds vorbereitet. In einem Beitrag der Partei der Dritte Weg (III. Weg) aus dem Jahr 2018 heißt es zum Nutzen einer Kampfsportart:

*„Für mich als nationalen Aktivist, der seine Weltanschauung selbst im Alltag mehr oder weniger offen zum Ausdruck bringt und sich deshalb stets einer feind-*

lich gesinnten Umwelt und einer steigenden Zahl von Feinden gegenüber ausgesetzt sehen muss, ist diese Kampfsportart somit das ideale Betätigungsfeld, um in etwaigen kritischen Situationen für eine handfeste Auseinandersetzung gewappnet zu sein!“

Zu den prominentesten Veranstaltungsformaten der rechtsextremistischen Kampfsportszene in Deutschland gehören der „Kampf der Nibelungen“ (KdN) und das „TIWAZ“. Letztes Jahr fanden zwei Veranstaltungen des KdN eingebettet als Programmpunkte im Rahmen von rechtsextremistischen „Schild und Schwert“-Festivals“ statt. Dieses Jahr war für das „Schild und Schwert“-Festival im sächsischen Ostritz am 21. und 22. Juni abermals eine Kampfsportveranstaltung der KdN-Gruppe angekündigt worden, die allerdings kurzfristig abgesagt wurde. Anfang Juni führte die Gruppierung TIWAZ eine reine Kampfsportveranstaltung mit rechtsextremen Kämpfern in Zwickau (Sachsen) durch.



Eine wichtige Rolle hinsichtlich der Organisation der rechtsextremistischen Kampfsportszene spielen nationale wie internationale Kampfsportlabels, die sowohl im Vertrieb von Kleidung und Sportartikeln als auch in der Ausbildung eigener Kampfkader sowie im Bereich Sponsoring aktiv sind. Zu den Labels mit hohem Szenereputation zählen etwa „Black Legion“ und „Greifvogel Wear“ aus Brandenburg sowie „White Rex“ und „Pride France“ aus Russland bzw. Frankreich.

### **Kampfsportaktivitäten der rechtsextremistischen Szene in Bayern**

In der bayerischen rechtsextremistischen Szene lässt sich ebenfalls ein gesteigertes Interesse am Thema Kampfsport feststellen. So gründete der neonazistische „III. Weg“ vergangenes Jahr die Arbeitsgruppe „Körper und Geist“. Sie soll nach Parteiangaben vor allem der „körperlichen Ertüchtigung“ der Parteimitglieder dienen sowie deren Aktivitäten vereinen und koordinieren. Der Fokus der Arbeitsgruppe liegt deutlich auf dem Kampfsportbereich. Es werden Kampf- und Selbstverteidigungskurse angeboten, die sich zum Teil auch an Kinder und Jugendliche richten.

Als prominenter Vertreter der Partei und der Arbeitsgruppe tritt immer wieder der Nürnberger Aktivist und frühere Vorsitzende des Gebietsverbands Süd Kai Zimmermann in Erscheinung. Er nahm bereits mehrfach an rechtsextremistischen Kampfsportveranstaltungen teil, u.a. im April in Athen. Darüber hinaus trat Zimmermann, auch über Bayern hinaus, bereits mehrfach als Trainer bei Selbstverteidigungstrainings der Partei auf.

Im Februar trafen sich die Leiter der Ortsgruppen der „Identitären Bewegung Schwaben“ (IB Schwaben) zu einem mehrtägigen Strategietreffen. Teil der Veranstaltung war neben der Aktionsplanung für das Jahr 2019 auch ein Sportprogramm, das aus Kickbox- und Boxtraining bestand. Wenngleich die „Identitäre Bewegung“ sich vornehmlich als intellektuelle und avantgardistische Speerspitze einer neurechten Widerstandsbewegung sieht und darauf bedacht ist, nach außen ein streng gewaltfreies und -verneinendes Image abzugeben, hatte sie bereits in der Vergangenheit wiederholt eine Affinität für Kampfsport aufgezeigt. So ist Sport und auch Kampfsport regelmäßiger Teil der Sommeruniversitäten der französischen IB, zu der auch Aktivisten aus Deutschland anreisen. Bereits vor zwei Jahren stellte die französische „Génération Identitaire“ ein Video auf YouTube ein, das ein Kampfsporttraining in ihrem Zentrum in Lyon zeigt. Auch bei den Aktivistenwochenenden der IB Schwaben gehören Selbstverteidigung und Kampfsport schon seit Längerem zum Programm.

## **6. Aktionismus der Identitären Bewegung in Bayern**

Auch im ersten Halbjahr 2019 führten die drei Ableger der „Identitären Bewegung“ in Bayern, die IB Bayern, die IB Franken und die IB Schwaben, wieder verschiedene Aktionen durch. Schwerpunkt war dabei das nördliche Schwaben. Der Aktionismus der IB richtete sich insbesondere gegen das Ankerzentrum, die Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber, in Donauwörth sowie gegen die geplante Außenstelle des Ankerzentrums in Mering. So führte die IB Schwaben in diesem Zusammenhang mehrere Infostände und Transparentaktionen durch. In Mering störten die Aktivisten eine Bürgerversammlung, die über die Eröffnung der Außenstelle des Ankerzentrums informieren sollte, führten einen als „Identitäre



Bild oben: Polizei

Zone“ bezeichneten Infostand durch und überdeckten eine Bautafel an dem Objekt der geplanten Außenstelle mit einem Transparent, das statt der Flüchtlingsunterkunft einen Kindergarten für Mering versprach. Der IB-Slogan „Identitäre Zone“ wurde seitens der IB-Bayern bereits in einem Blogbeitrag vom Frühjahr 2018 mit dem Anliegen beschrieben,

*„identitäre Freiräume zu schaffen, in denen Aktivisten in Ruhe Besprechungen abhalten, Aktionen planen und an deren Umsetzung arbeiten können. Auch in den Büros der Aktivisten vergeht kein Tag mehr, ohne dass an der patriotischen Wende gearbeitet wird“.*

Bild unten: picture alliance/ZUMA Press

Fotograf: Sachelle Babbar



Aktuell verwendet die IB die Bezeichnung für die Betitelung ihrer Infostände. Das Betreiben von Infoständen als „Identitäre Zonen“ stellt eine Neuerung im Aktionismus der IB dar, weil die Aktivisten bei den Infoständen gegenüber der Bevölkerung offen ihr Gesicht zeigen und als Ansprechpartner wahrgenommen werden. Dadurch benötigt

die IB u. a. nicht mehr zwingend Medien oder das Internet als Mittler ihrer Botschaft. Demgegenüber waren die Aktivitäten der IB in der Vergangenheit vor allem auf oftmals spektakuläre, auf mediale Wirkung abzielende Transparentaktionen gerichtet, die mit relativ wenigen Aktivisten und meist anonym durchgeführt wurden. Ähnlich wie Transparentaktionen werden aber auch die sogenannten „Identitären Zonen“ für die Selbstdarstellung im Internet entsprechend medial nachbereitet. Durch die „Identitären Zonen“, die in der Vergangenheit teils auch mit Liegestühlen ausgestattet waren, will die IB ein lockeres und ungezwungenes Bild von sich transportieren, das gängige Vorstellungen vom Auftreten rechtsextremistischer Aktivisten bewusst konterkariert.

In Donauwörth gab es im ersten Halbjahr zudem zwei weitere Infostände der IB. An einem dieser Infostände bewarb die IB eine Veranstaltung am 1. Februar in Donauwörth, bei der die als „identitäres Hilfsprojekt“ ausgegebene Kampagne „Alternative Help Association“ (AHA) vorgestellt wurde. Auch auf einem „Süddeutschen Vernetzungstreffen“, über das die IB Schwaben im Juni auf ihrer Homepage berichtete, wurde für AHA geworben. Eines der erklärten Ziele von AHA ist, die

Migrantenströme umzudrehen. Aus Sicht der IB würden die Migranten in Europa „die Grundlage neuer kultureller, religiöser und sozialer Konflikte“ schaffen.

Die im Zentrum der IB-Propaganda stehenden Konzepte „Ethnopluralismus“ und „Großer Austausch“ gehen von einer vorgeblich vorherrschenden „ethnokulturellen Identität“ der europäischen Völker aus, die durch eine Masseneinwanderung kulturfremder Einwanderer bedroht sei. Die IB propagiert in diesem Zusammenhang die räumliche und kulturelle Trennung unterschiedlicher Ethnien („Ethnopluralismus“) und die „Remigration“, also letztlich die Ausweisung der Bevölkerungsteile aus Deutschland und Europa, die den ethnokulturellen Kriterien der IB nicht entsprechen. Von Seiten der IB werden im Rahmen ihrer Aktionen in Bayern, vor allem durch die IB Schwaben, immer wieder auch Flyer von AHA verteilt.

Bereits am 15. Januar führten Aktivisten der IB bundesweit eine Kampagne unter dem Motto „Die Schreibtischtäter benennen – Proteste gegen linke Gewalt“ durch, an der sich auch verschiedene bayerische Ableger der IB beteiligten. Zielobjekte der verschiedenen Aktionen in insgesamt neun Bundesländern waren Medien- und Verlagshäuser sowie Geschäftsstellen von Parteien. In Augsburg brachten IB-Aktivisten an Partei- und Abgeordnetenbüros von Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der Partei DIE LINKE und in Fürstfeldbruck am Büro der SPD Plakate mit Bezug zu der Kampagne an. In Augsburg war auch das Wahlkreisbüro der Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth betroffen.

Aktivisten der IB beteiligten sich, wie im letzten Jahr, an einem Faschingsumzug, diesmal in Gablingen im Landkreis Augsburg. Sie verkleideten sich als Kapitäne, um mit einer vermeintlich satirisch(en) Aktion auf die „*gewinnbringende Schlepperei unter dem Deckmantel der Humanität*“, also die als Schlepperei diffamierte Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer durch NGOs, aufmerksam zu machen.

Alle drei bayerischen IB Ableger beteiligten sich Mitte März an einer bundesweiten Aktionswoche der IB zu ihrer zentralen Forderung „Remigration“. Unter „Remigration“ versteht die IB die breit angelegte Rückkehr von Migranten in deren Heimatländer. Darüber, in wie weit eine derartige Rückkehr auch unter Zwang erfolgen soll, schweigt die IB. Zum Thema „Remigration“ führten sowohl die IB Schwaben als auch die IB Franken eine Banneraktion durch. Die IB Schwaben brachte an dem zentral gelegenen Augsburger Einkaufszentrum „City Galerie“ ein Banner mit

der Aufschrift „Remigration“ an und verteilte Flyer. Aktivisten der IB Franken befestigten auf dem Grünstreifen vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein Transparent mit der Aufschrift „*Remigration; illegale Einwanderung darf nicht Normalität werden*“. Am 16. März führten die IB Bayern und die IB Schwaben jeweils als „IB Zone“ bezeichnete Infostände in Fürstenfeldbruck und Mering im Rahmen der Aktionswoche durch.

Aus den Reihen der IB Schwaben wurden am 10. April zwei gefälschte Wahlplakate an dem Parteibüro der Partei Bündnis 90/Die Grünen in Donauwörth angebracht. Diese waren optisch an die Wahlplakate der Partei zur letzten Bundestagswahl angelehnt und mit den Sprüchen „*Tod dem weißen, deutschen Mann*“ sowie „*Nazis bekämpfen mit allen Mitteln*“ versehen. Laut ihrer Eigendarstellung wollte die IB mit dieser Aktion die „*nationalmasochistischen Forderungen*“ der Partei im Zuge des Europawahlkampfes auf satirische Art und Weise „demaskieren“.



Screenshot: <https://identitaere-schwaben.de/2019/04/12/identitaere-unterstuetzung-der-gruenen-im-europawahlkampf> / abgerufen am 06.08.2019 um 11.18 Uhr

Derartige „künstlerische Interventionen“ gehören schon länger zum Aktionsrepertoire der IB. Die IB setzt diese ein, um den politischen Gegner lächerlich zu machen und eine möglichst große mediale Reichweite zu erzielen.

Aktivisten der IB Bayern beteiligten sich im ersten Halbjahr auch an zwei Demonstrationen, die in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der IB standen. So nahmen Aktivisten der IB an der „SaveYourInternet“-Demonstration am 23. März in München teil, um dort gegen die „*mittelbare Zensur der freien Meinungsäußerung im Internet*“ zu protestieren. Während der Demonstration gaben sich die Aktivisten durch einheitliche T-Shirts als Mitglieder der IB Bayern zu erkennen. Nach eigener Darstellung kam es zu mehreren Wortgefechten mit anderen Demonstrationsteilnehmern, die gegen die Anwesenheit der Rechtsextremisten protestierten. Im Vorfeld der Kundgebung hatten rund zehn IB-Aktivisten ein

Banner mit der Aufschrift „*Eure Politik braucht Zensur*“ vor dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in München entrollt.

Am 19. Mai mischten sich Aktivisten der IB Bayern inkognito, ohne die Verwendung IB-typischer Erkennungszeichen, unter die Teilnehmer der Kundgebung „Ein Europa für alle – Deine Stimme gegen Nationalismus“ und zeigten ein Banner mit der Aufschrift „*Ein Europa für alle – 1,3 Milliarden Afrikaner*“. Darüber hinaus führten einzelne Aktivisten Schilder mit, auf denen etwa „*Weltstaat jetzt!*“ oder „*Völker? Nein Danke!*“ zu lesen war. Die IB Bayern spricht in diesem Zusammenhang auf ihrer Homepage von sogenannten „False Flag“-Aktionen, also Aktionen, bei denen die Urheberschaft zunächst verschleiert wird. Unter „falscher Flagge“ soll gezielt eine Desinformation gestreut werden, um politische Gegner oder staatliche Akteure zu diskreditieren.



Screenshot: <https://www.ib-bayern.de/aktivitaeten/europa-f%C3%BCr-alle-false-flag-aktion-auf-linker-demo> , abgerufen am 06.08.2019 um 13.20 Uhr

Die IB versucht, sich mit aufmerksamkeits- und eventorientierten Formaten möglichst medienwirksam zu profilieren und Klicks und Reichweiten in den sozialen Netzwerken zu generieren, um dadurch gesellschaftliche Debatten und Meinungsbildungsprozesse zu beeinflussen. Ihre extremistische Ideologie, die geprägt ist von einer migrantenfeindlichen Grundhaltung sowie antiliberalen und antiegalitären Positionen, ummantelt die IB mit jugendaffinen Auftritten und einer vermeintlich gemäßigten und in breitere Bevölkerungsschichten hinein anschlussfähigen Sprache. Ihre Strategie, gesellschaftliche Diskurse zu beeinflussen und zu manipulieren, bezeichnet sie als „Metapolitik“.

Die Bandbreite der Aktionsformate im ersten Halbjahr 2019 – von Banneraktionen, Veranstaltungsstörungen, Info-Ständen in Form sogenannter „Identitärer Zonen“ bis hin zu sogenannten „False-Flag- Operationen“ – zeigt, dass die bayerischen

IB-Gruppen nach wie vor darum bemüht sind, ein möglichst vielseitiges und aufsehenerregendes Aktionsangebot zu realisieren und dabei ein sowohl jugendlich-rebellisches als auch bürgerlich-anschlussfähiges Gesamtbild abzugeben.



## Islamismus

- **Videoauftritt von IS-Anführer al-Baghdadi stößt in deutschsprachiger IS-naher Szene auf überwiegend positive Resonanz**
- **Instant Messaging-Dienst Telegram bleibt zentrales Betätigungsfeld für IS-Online-Aktivisten**
- **Reisebewegungen und Rückkehrer weiterhin im Fokus der Sicherheitsbehörden**
- **Salafistische „Schwesternnetzwerke“ auch in Bayern feststellbar**

### 1. Internetaktivitäten/Medienstrategie des Islamischen Staats (IS)



Bild oben: picture alliance / AP Photo

Am 29. April veröffentlichte die für Bekanntmachungen der IS-Führung zuständige zentrale Medienstelle al-Furqan über einschlägige Telegram-Kanäle ein aktuelles Video des IS-Anführers Abu Bakr al-Baghdadi. Es sind die ersten Bildaufnahmen al-Baghdadis seit dessen letzten öffentlichen Auftritt in der Al-Nuri Moschee im irakischen Mossul im Juli 2014.

Dieses öffentlichkeitswirksame Lebenszeichen des selbsternannten IS-„Kalifen“ und die Betonung der IS-Aktivitäten in z. T. neu etablierten IS-Provinzen in Zentralafrika, Indien, Pakistan und der Türkei zielen vermutlich darauf ab, den IS nach seiner militärischen Niederlage und dem Verlust aller größeren zusammenhängenden IS-Machtgebiete in Syrien und im Irak als dezentralen und weltweit ex-

pandierenden Akteur neu aufzustellen – und so einem potenziellen Verlust an Anziehungskraft innerhalb der salafistischen Szene sowie Absetzbewegungen zu konkurrierenden Terrorgruppierungen vorzubeugen.

Innerhalb der deutschsprachigen IS-nahen Szene stieß al-Baghdadis neuerlicher Auftritt auf weitgreifend positive Resonanz. Entgegen der in Bezug auf die öffentliche Weiterverbreitung offizieller IS-Propaganda eher zurückhaltenden deutschsprachigen IS-Unterstützerszene wurde das Originalvideo in den Tagen nach seiner Veröffentlichung wiederholt in einschlägigen deutschsprachigen Telegram-Kanälen weiterverbreitet und wohlwollend kommentiert. Einige deutschsprachige Telegram-User erklärten hierbei offen ihre Sympathie für al-Baghdadi und die Fortsetzung des gewaltsamen jihadistischen Kampfes. Einzelne Videoausschnitte wurden von deutschsprachigen IS-Online-Aktivisten propagandistisch aufbereitet, mit erbauenden Durchhalteparolen kombiniert und über das soziale Netzwerk Instagram verbreitet.

Insgesamt jedoch agiert die deutschsprachige IS-Sympathisantenszene in den sozialen Netzwerken nur mehr mit gesteigerter Vorsicht. Profile, Gruppen und Kanäle auf Plattformen wie Facebook, Instagram, Twitter oder YouTube geben sich eher selten als IS-nah zu erkennen. Jihadistisches Gedankengut wird zunehmend subtil und unter Auslassung verbotener Kennzeichen und Symbole bzw. der einschlägig bekannten Schlüsselbegriffe und ideologischen Referenzpersonen weiterverbreitet. Beiträge mit offenem Bekenntnis zum IS und Gewaltaufrufen sind punktuell gleichwohl noch immer zu beobachten.

Zentrales Betätigungsfeld für IS-Online-Aktivisten sowie die wichtigste Verbreitungsplattform sowohl für die offizielle IS-Propaganda als auch für die inoffizielle Propaganda der IS-Sympathisantenszene ist weiterhin der Instant Messaging-

Dienst Telegram:



Bild oben: picture alliance / AA  
Fotograf: Peter Adones

Zum einen konnten hier im Zusammenhang mit den Anschlägen am 15. März auf zwei Moscheen im neuseeländischen Christchurch ungewöhnlich heftige Reaktionen der IS-nahen Szene festgestellt werden. In einschlägigen deutschspra-

chigen Telegram-Kanälen wurden hierbei wiederholt Aufrufe zur Ausreise (Hijra) und Beteiligung am Jihad geteilt bzw. die Aufforderung formuliert, für die Anschlagsoffer von Christchurch Rache an den „Ungläubigen“ zu üben. Im März veröffentlichte zudem die zentrale Medienstelle al-Furqan über IS-nahe Telegram-Kanäle eine Audioansprache des offiziellen IS-Sprechers Abul-Hasan al-Mujahir, in der dieser – in dem Versuch, die emotional aufgewühlte Stimmung für die Terrororganisation auszunutzen – die „muslimische Jugend“ zu Vergeltungsanschlägen gegen den Westen aufrief. Verhaltener zeigten sich die Reaktionen auf die Anschläge in Sri Lanka am 21. April. Zwar wurde der vielfach zitierte Zusammenhang mit den Ereignissen in Christchurch auch innerhalb der deutschsprachigen IS-Sympathisantenszene hergestellt – die spätere Bekennung des IS zu den Anschlägen auf Kirchen und Hotels am Ostersonntag über die IS-Medienagentur Amaq wurde nur vereinzelt und zurückhaltend mit positiven Kommentaren gewürdigt.



Zum anderen häuften sich während der ersten Jahreshälfte in IS-nahen Telegram-Kanälen und -Gruppen die Berichte über die Kämpfe um die letzte IS-Bastion im ostsyrischen al-Baghuz. Während sich die IS-Mitglieder in den Kampfgebieten weiterhin als eine eingeschworene und militärisch schlagfähige Kämpfer-Gemeinschaft zu

präsentieren versuchten, verbreiteten deutschsprachige IS-Unterstützer verstärkt Fotos und kurze Videos von zivilen Opfern und Verletzten, um IS-Sympathisanten in Deutschland emotional anzusprechen und für die Ausreise und den Kampf in Syrien und im Irak zu mobilisieren. Neben Solidaritätsbekundungen mit den verbliebenen IS-Kämpfern vor Ort und Spendenaufrufen für Geld und Waffen waren auch Aufforderungen nach Vergeltungsmaßnahmen gegen die Mitgliedsstaaten der Anti-IS-Koalition feststellbar. Darüber hinaus bekundeten deutschsprachige IS-Sympathisanten ihre Zuversicht hinsichtlich des Weiterbestehens des IS bzw. der Wiederkehr „eines islamischen Staates“, wobei sie ihre diesbezügliche Hoffnung u. a. auch auf die Generation der im IS-Herrschaftsgebiet aufgewachsenen und ideologisch indoktrinierten Kinder und Jugendliche stützten. Dies belegt die ungebrochen bestehende und tief verwurzelte Bindung der deutschsprachigen IS-Unterstützerszene zur IS-Ideologie.

Insgesamt ist seit 2017 ein Rückgang der offiziellen IS-Medienproduktion in Umfang und Qualität zu verzeichnen, wobei die Strategie des inspirierten Einzeltäteranschlags weiterhin fester Bestandteil der IS-Propaganda ist. Dabei zielt die Medienstrategie des IS aktuell auch verstärkt darauf ab, nach dem territorialen und symbolischen Niedergang des „Kalifats“ in Syrien und im Irak als militärische und politische Kraft weiter sichtbar zu bleiben sowie durch die Bekennung zu kleineren Anschlägen die eigene Mobilisierungs- und Handlungsfähigkeit zu demonstrieren.

Dem IS gelingt es gegenwärtig nicht, selbstständig neue deutschsprachige Propagandaprodukte auf muttersprachlichem Niveau hervorzubringen. Kompensiert wird dies jedoch durch eine deutliche Zunahme der inoffiziellen IS-Propaganda. Die IS-Unterstützerszene sichert trotz der verbesserten Löschpraxis der sozialen Netzwerk-Betreiber und zeitweisen Bemühungen des Instant Messaging-Dienstes Telegram, eingerichtete Kanäle und Gruppen mit jihadistischen Inhalten automatisiert zu löschen, weiterhin die starke Online-Präsenz der IS-Ideologie, indem sie Meldungen über Kampfhandlungen, Tötungsaufrufe, Drohbilder und Tipps zur Verschlüsselung bzw. Verschleierung digitaler Kommunikation selbstständig herstellt und diese weltweit verbreitet. Innerhalb der deutschsprachigen IS-nahen Szene sind Quantität und Qualität der Online-Propaganda zur Rekrutierung und Mobilisierung sowie der potenziellen Selbstradikalisierung jedoch stark vom Einzelakteur abhängig.

Letztlich bleibt die Bedrohungslage für die Bundesrepublik Deutschland weiterhin angespannt. Die IS-Unterstützerszene gleicht in Teilen den Rückgang der offiziellen Propagandaaktivität des IS durch die Verbreitung von eigenen Propagandaprodukten aus und erhält damit ein hohes Maß an virtueller Präsenz der IS-Ideologie im Netz; insbesondere wirbt sie hierbei punktuell für Einzeltäteranschläge in westlichen Staaten. Die im Kontext der Anschläge in Christchurch im März und des medialen Lebenszeichens des selbsternannten IS-„Kalifen“ al-Baghdadis im April beobachtbaren Reaktionen der IS-nahen deutschsprachigen Online-Unterstützerszene sind zudem Hinweis darauf, dass der IS trotz seiner militärischen und territorialen Niederlage in Syrien und im Irak nach wie vor mit einer noch vorhandenen Handlungs- und Anschlagbereitschaft seiner deutschsprachigen Anhänger rechnen kann.

## **2. Reisebewegungen und Rückkehrer**

Bis Ende Juni lagen bundesweit Erkenntnisse zu mehr als 1.050 Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung Syrien bzw. Irak ausgereist sind, um dort an Kampfhandlungen teilzunehmen oder den Widerstand gegen das Assad-Regime in sonstiger Weise zu unterstützen. Der Frauenanteil liegt hierbei bei über 25 Prozent.

Für Bayern lagen bis Ende Juni Erkenntnisse zu 114 Islamisten vor, die in Richtung Syrien bzw. Irak gereist sind, dies planten, planen oder dort agierende islamistisch terroristische Organisationen in sonstiger Weise unterstützen. Insgesamt sind seit 2012 73 Personen aus diesem Kreis tatsächlich in Richtung Krisengebiet ausgereist, um mutmaßlich auf Seiten jihadistischer Gruppierungen an Kampfhandlungen teilzunehmen oder sich für deren Ziele anderweitig einzusetzen. Bei den tatsächlich aus Bayern ausgereisten Personen liegt der Frauenanteil bei rund 20 Prozent.

Dem Verfassungsschutzverbund liegen zudem derzeit Informationen vor, dass mehr als 300 minderjährige Kinder und Jugendliche in Richtung Syrien und Irak, zumeist mit ihren Eltern, ausgereist sind oder dort geboren wurden. Für Bayern ergeben sich tatsächliche Anhaltspunkte zu rund 20 Minderjährigen, die sich derzeit mit ihren Eltern in der Krisenregion Syrien und Irak aufhalten. Davon ist etwa die Hälfte unter fünf Jahre alt. Grundsätzlich muss jedoch von einer Dunkelziffer ausgegangen werden, da über die Familienverhältnisse von aus Bayern ausgereisten IS-Angehörigen (weitere Geburten bzw. Eheschließungen vor Ort etc.) nur begrenzt Informationen vorliegen.

Im Zuge der weitgehenden Zerschlagung des IS in Syrien und im Irak wurden hunderte in- und ausländische IS-Angehörige, darunter viele Frauen und Kinder, durch die dortigen Sicherheitskräfte verhaftet, vereinzelt auch Personen aus Deutschland bzw. Bayern.

Von den mehr als 1.050 aus Deutschland ausgereisten Personen ist etwa ein Drittel zumindest zeitweise wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Zu ca. 220 Personen liegen Hinweise vor, dass diese in Syrien oder im Irak ums Leben gekommen sind. Bezüglich der aus Bayern ausgereisten Personen liegen in dreizehn Fällen Hinweise vor, dass sie in Syrien oder im Irak verstorben sind. 29 Personen,

die sich im Krisengebiet aufhielten, sind bereits wieder nach Deutschland zurückgekehrt, davon halten sich aktuell 22 in Bayern auf. Unter diesen 22 Personen sind sechs Frauen.

Mit Stand Januar 2019 gehen die Sicherheitsbehörden davon aus, dass bei ca. 40 Prozent der 22 Rückkehrer nach Bayern weiterhin von einer intensiven jihadistischen Bindung ausgegangen werden muss. Weitere gut 25 Prozent der Rückkehrer gehören nach wie vor dem salafistischen Spektrum an, jedoch ohne aktuelle Gewaltorientierung. Bei knapp einem Drittel der Rückkehrer liegen keine Anhaltspunkte vor, dass sie weiterhin über Kontakte in die salafistische Szene verfügen.

Gegen die in Bayern aufhältigen Personen – darunter die genannten Rückkehrer nach Bayern – werden in enger Kooperation mit den zuständigen Sicherheitsbehörden die für den jeweiligen Einzelfall erforderlichen und individuell abgestimmten Maßnahmen durchgeführt, sowohl unter Beachtung präventivpolizeilicher, wie auch repressiver Aspekte, als auch unter Ausschöpfung der im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten bestehenden verwaltungs- und ausländerrechtlichen Maßnahmen. Die Erkenntnislage über die Aktivitäten vor Ort in Syrien oder dem Irak erschwert allerdings die Strafverfolgung von Rückkehrern. Die bloße Anwesenheit in der Krisenregion ist nach Prüfung der Generalbundesanwaltschaft nicht ausreichend, um ein Verfahren nach §§ 129 a, b StGB zu verfolgen.

Von Rückkehrern aus den ehemals vom IS kontrollierten Gebieten geht ein hohes Gefahrenpotenzial aus. Während ihrer Aufenthalte sammelten sie teilweise Erfahrungen im Umgang mit Sprengstoff und Waffen. Zudem muss damit gerechnet werden, dass ihre Hemmschwelle für die Anwendung von Gewalt gegen Menschen deutlich gesunken ist. In der islamistischen Szene haben Rückkehrer meist ein hohes Ansehen und können damit einer weiteren Radikalisierung bislang nicht gewaltorientierter Islamisten Vorschub leisten. Eine verstärkte Ankunft von Rückkehrern ist derzeit nach wie vor nicht feststellbar.

Der Umgang mit oft traumatisierten und möglicherweise bereits gegen „die Ungläubigen“ aufgehetzten Minderjährigen ist eine große Herausforderung nicht nur für die Sicherheitsbehörden, sondern auch für die gesamte Gesellschaft. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz hat es sich daher im Rahmen seiner Präventionsarbeit zur Aufgabe gemacht, Mitarbeiter staatlicher und nichtstaat-

licher Jugend-, Schul-, Bildungs- und Sozialeinrichtungen sowie von Erstaufnahmeeinrichtungen im Fall von minderjährigen Flüchtlingen zu sensibilisieren und zu qualifizieren, damit diese islamistische Radikalisierungs- und Rekrutierungsmechanismen besser erkennen können. So wurden nicht zuletzt auch im Rahmen von Veranstaltungen des Bayerischen Netzwerks für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus seit Anfang des Jahres rund 100 derartige Maßnahmen durchgeführt, weitere Veranstaltungen sind für 2019 in Planung.

### EIN ÜBERBLICK – DAS NETZWERK.



### 3. Salafistische Schwesternnetzwerke

In den vergangenen Jahren haben sich sowohl in der realen als auch in der virtuellen Welt salafistische Frauennetzwerke gebildet. Durch die ortsunabhängige Nutzung von Internet und Messengerdiensten dehnen sich „Netzwerke“ von Frauen in der salafistischen Szene über Ländergrenzen hinweg aus und sind somit häufig nicht klar auf Deutschland bzw. ein einzelnes Bundesland einzugrenzen. Neben Alltagsthemen, wie z. B. Kindererziehung und Kleidung, spielen häufig auch Glaubensfragen, Spendensammlungen und Gefangenenhilfe in Frauennetzwerken eine große Rolle.

Darüber hinaus werden in den WhatsApp-Gruppen auch zahlreiche Videos salafistischer Prediger wie Abul Baraa und Pierre Vogel verschickt und Religionsvorschriften salafistisch interpretiert. Auch wird gegen „Nichtgläubige“ gehetzt. All

dies ist als Beleg für die salafistische Prägung von Gruppenmitgliedern zu werten. Ebenso liegt der Fokus auf der Vermittlung gleichgesinnter Ehepartner. Damit wird ein entscheidender Beitrag zur Festigung der salafistischen Ideologie und Gemeinschaft gelegt.

Auch in Bayern finden sich insbesondere in den Ballungszentren Netzwerke von Frauen, die dem salafistischen Spektrum nahestehen und sich via WhatsApp austauschen. Oftmals wird diesen „Schwesterntreffs“ ein wohlthätiger Anstrich verliehen und z. B. zu Spenden- oder Kleiderabgaben für bedürftige Schwestern aufgerufen. Bisweilen werden Kontakte zu Gefangenenhilfsorganisationen vermittelt oder Termine für Koranunterrichte, die speziell für Frauen durchgeführt werden, bekanntgegeben. In Einzelfällen wurde festgestellt, dass junge Frauen allein über Messenger-Gruppen und -Kanäle salafistisch indoktriniert wurden und Kontakte in die salafistische Szene erlangten. In einem Fall wurde einem jungen Mädchen über eine einschlägige Online-Heiratsvermittlung ein Ehemann vermittelt, der von den Sicherheitsbehörden als Gefährder eingestuft ist.

Offenkundig jihadistisches Gedankengut wird nach bisherigen Feststellungen innerhalb der größeren bundesweiten WhatsApp-Gruppen von „Schwesternnetzwerken“ vergleichsweise selten ausgetauscht. Jedoch existieren unter den Einladungslinks zu diversen Telegram-Kanälen von „Schwesternnetzwerken“ mitunter auch jihadistische Kanäle, in denen Sympathien für den Islamischen Staat offenkundig werden.

Frauennetzwerke sind – vor allem im virtuellen Bereich – nicht als isolierte Einheiten, sondern vielmehr als dynamische Vernetzungsstrukturen zu betrachten. Dies machen die zahlreichen Kommunikationswege, häufig variierenden Mitglieder sowie die Themenvielfalt deutlich.

Aufgrund zahlreicher bisheriger Maßnahmen der Sicherheitsbehörden, wie z. B. das Verbot der Vereinigung „Die Wahre Religion“ (DWR) oder die Inhaftierung von Akteuren der salafistischen bzw. jihadistischen Szene, ist davon auszugehen, dass Frauen in den Bereichen Missionierung, Spendensammlung und auch „Rekrutierung“ – in denen sie schon jetzt aktiv sind – ihre Rolle auch künftig weiter ausbauen werden.

#### 4. Die Rolle von Hilfsorganisationen in der salafistischen / islamistischen Szene



Humanitäre Spenden- und Hilfsaktionen zugunsten Hilfsbedürftiger in Krisengebieten stellen zunächst keine verfassungsschutzrelevante Thematik dar. Allerdings haben sich im Zuge der Expansion jihadistischer Gruppierungen insbesondere in Syrien und im Irak Spendensammelvereine in Deutschland mit islamistischem Bezug etabliert. Die bekanntesten Organisationen (z. B. „Helfen in Not e. V.“, Ansaar Düsseldorf/Ansaar International e. V. und Islamischer Humanitärer Entwicklungsdienst e. V.) erhalten dabei Unterstützung durch populäre salafistische Prediger. Es bestehen Anhaltspunkte dafür, dass ein Teil der eingenommenen Gelder an jihadistische Gruppierungen in Kriegsgebieten gelangt. Sowohl die Spendensammelvereine als auch die Prediger sind oft innerhalb der deutschen Salafistenszene gut vernetzt. Die Unterstützung durch bekannte Salafistenprediger zählt zur Propagandamaschinerie der Vereine.

Von Ende 2012 bis Anfang 2015 wurden deutschlandweit regelmäßige Benefizveranstaltungen für Syrien mit bekannten und bundesweit agierenden salafistischen Predigern durchgeführt. Neben der



Missionierung der Teilnehmer durch die Vorträge der Prediger standen Spendensammlungen für Hilfsorganisationen im Fokus der Veranstaltungen.

Bild links: picture alliance/Martin Gerten/dpa  
Fotograf: Martin Gerten

Aufgrund der Maßnahmen der deutschen Sicherheitsbehörden finden diese öffentlichen Veranstaltungen nur noch sehr selten und in begrenztem Rahmen statt. Stattdessen setzen die Hilfsorganisationen heute nahezu ausschließlich auf eine umfassende Präsenz im Internet auf ihren Webseiten sowie auf Facebook.

Vereinzelt betreiben Personen aus dem salafistischen Spektrum Verkaufsstände für Lebensmittel und Naturprodukte aus verschiedenen Schwellen- und Entwicklungsländern. An den Ständen wurde u. a. mit einer Reinvestierung der Gewinne in die Entwicklung der Herkunftsländer geworben. In den meisten Fällen konnte

eine Verbindung zu einer salafistischen Hilfsorganisation festgestellt werden. In München wurden für die letzten drei Jahre rund 100 Verkaufsstände angemeldet.

Sowohl die Spendenaufrufe als auch die Verteilung der Hilfsgüter wurden medienwirksam über das Internet verbreitet und dokumentiert. Zudem lenken die Hilfsorganisationen in ihrer Darstellung inzwischen den Fokus ihrer Aktivitäten auf ihre weltweiten Unterstützungsleistungen wie z. B. den Aufbau von Waisen- bzw. Krankenhäusern oder den Brunnenbau und heben somit den humanitären Charakter ihrer Aktionen hervor.

Am 10. April wurden auf Erlass des Bundesministeriums des Inneren (BMI) Durchsuchungsmaßnahmen im islamistischen Umfeld durchgeführt. Betroffen waren bundesweit rund 90 Objekte, die in Bezug zu den beiden Organisationen Ansaar International e. V. und WWR Help e. V. stehen. Beide Vereinigungen sind mit Sitz in Nordrhein-Westfalen registriert und stehen im Verdacht, auch die palästinensische Terrororganisation HAMAS, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, propagandistisch und finanziell zu unterstützen.

In Bayern waren von den Durchsuchungsmaßnahmen 19 Objekte betroffen, darunter auch welche von Verantwortlichen von Warenverkaufsständen.



## Linksextremismus

- **Linksextremisten versuchen mit der Teilnahme an bürgerlichen Kampagnen ihre Anschlussfähigkeit zu stärken**
- **Insbesondere Umweltschutz, Mietpreise und der Kampf gegen Rechts gelten als Türöffner für die extremistische Ideologie**
- **Die mediale Selbstdarstellung der Linksextremisten wird vielfältiger und professioneller**

### **1. Linksextremistische Versuche der Einflussnahme auf bürgerliche Kampagnen**

Die linksextremistische Szene beteiligt sich seit jeher auch an nicht-extremistischen Veranstaltungen. Diese Taktik ermöglicht es Linksextremisten, den eigenen Protest auf eine größere Bühne zu tragen und mehr Menschen über ihre eigene Kernklientel hinaus zu erreichen.

Linksextremisten versuchen Einfluss auf die Veranstaltungen auszuüben, indem sie ihre verfassungsfeindlichen Ideologien und Ziele in den Protest mit einfließen lassen. Letztendlich sollen ihre extremistischen Überzeugungen und Ziele in der Bevölkerung politisch anschlussfähig werden. Gleichzeitig werben Linksextremisten dabei um Nachwuchs. Politisch interessierte Menschen werden eingeladen, an eigenen Veranstaltungen oder Treffen teilzunehmen, und so an die linksextremistische Szene herangeführt. Von besonderem Interesse sind für Linksextremisten dabei Themen, die in der Gesellschaft virulent sind, eine Vielzahl von Menschen

betreffen und gleichzeitig Ansatzpunkte für das „Andocken“ ihrer linksextremistischen Forderungen eröffnen:

### **Anti-Gentrifizierung**

Das Thema Antigentrifizierung ist für Linksextremisten eine Möglichkeit, die eigenen Interessen und Ziele in eine aktuelle stadt- und gesellschaftspolitische Diskussion einzubringen. Der Begriff „Gentrifizierung“ bezeichnet soziale Umstrukturierungsprozesse in Stadtteilen, die zu steigenden Mieten und einer Verdrängung von einkommensschwächeren Bewohnern führen.

Gegen diesen Trend haben sich vielerorts breite Bündnisse gebildet, in denen oftmals sowohl nicht-extremistische als auch extremistische Gruppierungen vertreten sind.

Die bürgerliche Initiative „Mietenwahnsinn Stoppen“ ist eine bundesweite Kampagne gegen Gentrifizierung. Der Nürnberger Ableger ist auch als Stadtteilclub „Reclaim Gostenhof“ bekannt. Im Fokus der Nürnberger Aktivisten steht das Viertel Gostenhof, gegen dessen Aufwertung durch Umbauten und Investoren die Aktivisten vorgehen. Die linksextremistischen Gruppen „Organisierte Autonomie“ (OA) und „Revolutionär organisierte Jugendaktion“ sind federführend am Nürnberger Ableger der Initiative beteiligt.

Am 27. April veranstaltete die Initiative „Mietenwahnsinn stoppen“ zusammen mit der OA einen „antifaschistischen“ Stadtrundgang durch die Nürnberger Innenstadt. Dabei posierten Aktivisten vor dem Nürnberger Wohnungsamt. Sie zeigten sich solidarisch mit der Berliner Initiative „Deutsche Wohnen enteignen“<sup>1</sup> und forderten auf einem



Screenshot oben: BayLfV

---

<sup>1</sup> Die Berliner Initiative, an der sich ebenfalls linksextremistische Gruppen beteiligen, strebt ein Volksbegehren zur Enteignung und Vergesellschaftung von privaten Wohnungsunternehmen in Berlin an.

linksextremistischen Szeneportal den Zusammenschluss von Mietern und Arbeitern:

*„Lasst uns laut und mutig diese Ideen von einer Welt jenseits des Kapitalismus vertreten. Lasst uns praktisch werden und diese Welt Stück für Stück erkämpfen. Freiwillig werden die ProfiteurInnen sie uns nicht übergeben aber wir sehen, was wir für Macht haben wenn wir uns als Lohnabhängige und MieterInnen zusammen tun – entschlossen und solidarisch. [...] Ob Hamburg, Nürnberg oder Berlin – die Häuser denen, die drin wohnen! Wohnraum vergesellschaften – gemeinsam in die revolutionäre Offensive.“*

#### Linksextremistisch motivierte Straftaten im Bereich „Antigentrifizierung“

Linksextremistische Agitation im Bereich „Antigentrifizierung“ beschränkt sich jedoch nicht nur auf öffentlichen Protest oder die Teilnahme an nicht-extremistischen Initiativen, vielmehr kommt es auch zu gezielten Straftaten gegen angebliche „Profiteure“ der Gentrifizierung. Insbesondere Bau- und Immobilienunternehmen stehen hier im Fokus linksextremistischer Übergriffe.

So wurden in den letzten Jahren im Rahmen einer „Antigentrifizierungskampagne“ zahlreiche Straftaten gegen die Münchner Verkehrsgesellschaft sowie Immobilien- und Baufirmen begangen. Es wurden Scheiben eingeworfen, Fassaden beschmiert, Fahrkartenautomaten zerstört und Fahrzeuge in Brand gesetzt. Die Sachschäden gehen dabei in Einzelfällen bis in die Hunderttausende. Diese Serie, in deren Fokus die Landeshauptstadt München steht, setzt sich auch 2019 fort:

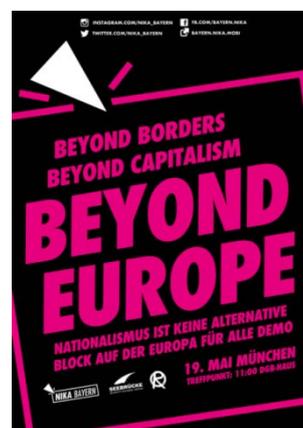
- Am Morgen des 23. April stellte eine Zeugin einen Brand am PKW einer Gebäude- und Anlagentechnik-Firma fest. Der in der Klenzestraße abgestellte PKW brannte vollständig aus. Zwei in der Nähe abgestellte Fahrräder und ein PKW wurden ebenfalls durch den Brand beschädigt. Der verursachte Sachschaden liegt bei ca. 30.000 Euro.
- In der Nacht zum 24. April wurde das Büro einer Münchner Immobiliengesellschaft in der Humboldtstraße beschädigt. Ein Zeuge beobachtete, wie drei schwarz gekleidete, verummte Personen einen Gullideckel, Steine, eine schwarze Flüssigkeit und eine Dose Fisch gegen die Bürofenster warfen. Die Täter konnten unerkant auf Fahrrädern fliehen. Der entstandene Sachschaden wird auf über 5.000 Euro geschätzt.

- Auch in der Nacht zum 25. April brannte ein PKW einer Münchner Immobiliengesellschaft. Ein in der Hanfstaengelstraße abgestellter Transporter wurde mittels Brandbeschleuniger in Brand gesetzt. Der PKW brannte vollständig aus. Ein weiterer, in der Nähe abgestellter PKW wurde durch den Brand stark beschädigt. Der verursachte Schaden liegt bei ca. 20.000 Euro.
- Am 28. Juni wurden eine Hubarbeitsbühne und mehrere Paletten auf einer Baustelle in München in Brand gesetzt. Unbekannte drangen über Nacht auf die Baustelle ein und legten das Feuer. Der Sachschaden beläuft sich auf ca. 15.000 Euro.

Nach Ansicht von Linksextremisten tragen aber auch öffentliche Dienstleister, wie Netzunternehmen oder die Münchner Verkehrsbetriebe, zu den stark steigenden Lebenshaltungskosten in Ballungsräumen bei. Die linksextremistische Szene betrachtet Netzausbau und öffentlichen Nahverkehr als Grundrechte, die kostenfrei zur Verfügung gestellt werden müssen. Auf steigende Preise für den ÖPNV reagiert sie mit Straftaten und Aktionen wie die der Münchner anarchistischen Kampagne „Fahr’Scheinfrei“. Aus Protest gegen Fahrkartenpreise, die nach Meinung der Aktivisten Geringverdiener aus den Städten und dem öffentlichen Leben verdrängen, ruft die Kampagne daher zum „fahrscheinfreien Fahren“, d. h. zum Schwarzfahren auf. Daneben wurden seit Januar 2018 bereits zahlreiche Fahrkartenautomaten der MVG beschädigt. Im ersten Halbjahr 2019 wurden bislang zwei Automaten in Brand gesetzt oder durch Bauschaum beschädigt.

### **Antifaschismus/Antirassismus**

Die Aktionsfelder Antifaschismus und Antirassismus haben traditionell für die linksextremistische Szene große Bedeutung. Im Zuge der andauernden EU-weiten, z. T. kontroversen Diskussion über den Umgang mit Flüchtlingen und Migranten versuchen Linksextremisten diesen Effekt für sich zu nutzen und sich in bürgerlichen Bündnissen, wie z. B. der „Europa für Alle“-Demonstration, einzubringen. An dieser bürgerlich geprägten Demonstration unter dem Motto „Solidarisch



in Vielfalt: Gerechtes Europa statt rechtes Europa!“ am 19. Mai nahmen mehr als 10.000 Menschen in München teil. An der Demonstration beteiligten sich auch linksextremistische Organisationen wie „Nationalismus ist keine Alternative“ (NIKA), „Antikapitalistische Linke München“ (AL-M) oder die Ingolstädter Gruppe „La Resistance“ (LARA).



Die Zielsetzungen der linksextremistischen Gruppierungen gehen dabei bei diesen Veranstaltungen über diejenigen der bürgerlichen Teilnehmer hinaus: Während die bürgerlich geprägten Bündnisse gegen „Rechts“ demonstrieren, aber die freiheitlich-demokratische Grundord-

nung nicht in Frage stellen, legen Linksextremisten den Begriff „Faschismus“ wesentlich weiter aus. In ihrer Auslegung schließt „Antifaschismus“ auch den Kampf gegen den Staat, die Justiz und „das System“ ein. Sie akzeptieren nicht, dass unser Rechtsstaat die Grundrechte auch dem politisch Andersdenkenden zugesteht. Ein politisches System, das auch die Grundrechte tatsächlicher oder mutmaßlicher Rechtsextremisten schützt, ist daher in ihren Augen selbst zumindest potenziell faschistisch und wird von ihnen bekämpft. Ihr Ziel ist damit letztendlich die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie.

## **Umweltschutz**

### Aktivitäten gegen den Kohleabbau im Hambacher Forst

Seit 2012 errichteten Klimaaktivisten Baumhäuser im Hambacher Forst gegen die fortwährende Rodung und den Kohleabbau durch den Energiekonzern RWE. Mittlerweile ist aus den Aktionen weniger anarchistisch geprägter Baumbesetzer eine internationale „Antikohle“-Kampagne gewachsen, der sich tausende Menschen angeschlossen haben. An den Protesten gegen den Kohleabbau beteiligen sich auch linksextremistische Gruppen. Linksextremisten aus ganz Deutschland, darunter auch aus Bayern, nehmen an den Protesten teil oder organisieren lokale Veranstaltungen, wie Klimacamps oder Solidaritätsaktionen. So veranstaltete die linksextremistisch beeinflusste Kampagne „Ende Gelände“ z. B. am 2. Mai eine

Auftakt- und Werbeveranstaltung im linksextremistischen Szenetreff „Projekt 31“ (P31) in Nürnberg.

Der Kampf gegen den Kohleabbau im Rheinland und die fortwährende Rodung des Hambacher Forsts ist für Linksextremisten nur ein weiteres Puzzlestück in ihrer anti-staatlichen Agitation. Sie sehen Polizei und Regierung als Handlanger der kapitalistischen Großkonzerne, die aus Profitgier Mensch und Umwelt zerstören würden. Daher fordern Linksextremisten, sich nicht bloß gegen Konzerne, sondern gegen Staat und System selbst aufzulehnen. Nur durch Überwindung des Systems könne Klimagerechtigkeit erreicht werden.

#### Versuche der Instrumentalisierung der „FFF“-Demonstrationen

Linksextremistische Gruppierungen haben auch schnell das hohe Mobilisierungspotenzial der „Fridays for Future“-Demonstrationen erkannt. „Fridays for Future“ unterliegt als demokratisch getragene Umwelt- und Klimaschutzbewegung nicht dem Beobachtungsauftrag des BayLfV. Linksextremisten nutzen aber die Sorgen der überwiegend jungen Klimaaktivisten vor den Folgen des Klimawandels



Bild oben: BayLfV

als „Türöffner“, um dort gegen das „kapitalistische System“ als Ursache des Klimawandels zu hetzen. Bislang ist jedoch kein steuernder Einfluss linksextremistischer Gruppierungen auf die fff-Demonstrationen erkennbar.

#### **Antirepression/Antimilitarisierung**

Im „Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus“, einem losen Zusammenschluss aus Personen und Organisationen ohne feste Mitgliederstruktur, sind u. a. Personen aus linksextremistischen Parteien und Gruppierungen wie der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP), der „Sozialisti-



schen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ), der „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands“ (MLPD) sowie der „Antikapitalistischen Linke München“ (AL-M) aktiv. Maßgebliche Funktionäre des Bündnisses sind zwei ehemalige DKP-Mitglieder. Aufgrund des großen Einflusses, den linksextremistische Gruppierungen und Personen innerhalb des „Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus“ innehaben, gilt dieses als linksextremistisch beeinflusst.

Das Bündnis ist seit vielen Jahren Hauptorganisator der Proteste gegen die Münchner Sicherheitskonferenz (MSC), an denen regelmäßig auch gewaltbereite Linksextremisten teilnehmen. Zur diesjährigen MSC, die zwischen dem 15. und



Bild oben: BavLFV

17. Februar stattfand, versammelten sich am 16. Februar ca. 3.500 Gegendemonstranten. Obwohl sich 200 Personen aus dem linksextremistischen Spektrum zu einem „Schwarzen Block“ zusammenschlossen, verliefen die Gegenproteste insgesamt friedlich. Es wurden

lediglich mehrere Bengalos und andere Rauchkörper aus dem Schwarzen Block heraus gezündet. In diesem Zusammenhang wurde eine Person mit Bezug zur linksextremistischen Szene in Nürnberg festgenommen.

## **2. Mediale Darstellung der Linksextremisten**

Linksextremisten lehnen die „Massenmedien“ ab. Sie unterstellen ihnen, vom Staat gesteuert zu werden und mit gezielten Falschinformationen die Bevölkerung von Missständen und angeblichen Verfehlungen der „Herrschenden“ abzulenken. Eine kritische Berichterstattung oder Auseinandersetzung, vor allem mit linken Themen, fände in ihnen nicht – oder nur ungenügend – statt. Demgegenüber bieten linksextremistische Szenepublikationen und -plattformen im Internet der Szene die Möglichkeit, Informationen und die eigene Ideologie ungefiltert zu verbreiten und so eine Gegenöffentlichkeit zu den Massenmedien zu schaffen.

## **Szenepublikationen**

Eigene Publikationen sind integraler Bestandteil der linksextremistischen Szene und werden genutzt, um kritisch zu szeno- und gesellschaftsrelevanten Themen zu informieren und einen eigenen Diskurs zu betreiben.

Die Bandbreite linksextremistischer Publikationen ist groß. Hierzu zählen Zeitungen, Zeitschriften, Magazine, Bücher, Filme und Videoclips. Neben parteigebundenen Publikationen – wie z. B. dem Magazin „Rote Fahne“ der MLPD oder „unserzeit“, der sozialistischen Wochenzeitung der DKP – gibt es auch unabhängige linksextremistische Publikationen, die zum Teil durch die Urheber selbst oder über Spenden finanziert, verlegt oder über szenenahe Verlage wie dem „Verlag 8. Mai GmbH“ vertrieben werden. Zu den bundesweit bekanntesten, unabhängigen Presseerzeugnissen der linksextremistischen Szene zählen die marxistische Tageszeitung „jW“ (Junge Welt) und die vierteljährlich erscheinende „Rote Hilfe Zeitung“ der gleichnamigen Organisation.

Ziel dieser Szenepublikationen ist nicht nur die Information von Szeneangehörigen. Auch andere, politisch interessierte Menschen sollen durch sie erreicht werden. Hierzu werden regelmäßig Druckwerke kostenlos oder gegen Spende auf Veranstaltungen verteilt.

Während die Mehrzahl der linksextremistischen Publikationen im kommunistischen Spektrum zu verordnen ist, werden in Bayern in den letzten Jahren vermehrt regionale, anarchistische Zeitschriften veröffentlicht. Zu diesen zählen u. a. das anarchistische Wochenblatt „Zündlumpen“ oder das anarchafeministische Magazin „Nebenwidersprüche“.

### Zündlumpen

Der „Zündlumpen“ ist ein anarchistisches Wochenblatt. Das Feindbild aller, im Detail unterschiedlich ausgerichteter, anarchistischer Strömungen ist der Staat. Er gilt im



anarchistischen Verständnis als repressive Zwangsinanz, die zugunsten einer herrschaftsfreien Gesellschaft aufgelöst und zerschlagen werden müsse. Daher ist auch der Inhalt des „Zündlumpen“ thematisch gegen jede Form von Herrschaft oder „Repression“ gerichtet.

Die erste Ausgabe erschien am 15. Februar 2019. Seitdem erscheint wöchentlich sowohl digital als auch gedruckt eine neue Ausgabe der Zeitung, die auch in verschiedenen Münchner Szenetreffen ausliegt. Die Leser werden zur aktiven Mitgestaltung an dem Wochenblatt aufgerufen:

*„Wir wollen mit diesem Wochenblatt Geschichten des Widerstandes gegen jede Form der Herrschaft in München erzählen. [...] Wir laden alle Anarchist\*innen dazu ein, bei der Gestaltung dieses Blattes mitzuwirken: Schickt uns Berichte von euren Aktionen oder Veranstaltungen, schickt uns eure Termine und Aufrufe, erzählt uns über eure Projekte oder schickt uns Bilder, Zeichnungen und was euch sonst noch so einfällt.“*

Die veröffentlichten Texte sind eindeutig anti-staatlich und befürworten den Einsatz von Gewalt:

*„Was ist schließlich schöner als ein brennendes Bullenauto?“ (Zündlumpen Nr. 002).*

Auch der gewählte Name „Zündlumpen“ verweist auf die gewaltorientierte Motivation der Autoren, da er offenkundig auf die Funktionsweise von Molotow-Cocktails anspielt. Das Wochenblatt enthält häufig Texte zu politischen, wochenaktuellen Themen. Dazu werden Termine und Veranstaltungen, ein „Graffito der Woche“ und linksextremistische Straftaten als „Geschichten des Widerstandes“ abgedruckt.

### Nebenwidersprüche

Das „*anarchafeministische*“ Magazin „Nebenwidersprüche“ wird von der Münchner anarchistischen Gruppe „kAoS“ und der „Antisexistischen Aktion München“ herausgegeben. Die Bezeichnung „*Anarchafeminismus*“ verbindet die Begriffe Feminismus und Anarchismus miteinander. Im Vordergrund steht, wie beim Feminismus, der Kampf gegen die Ungleichbehandlung der Geschlechter. Weiter werden traditionelle Institutionen und Begriffe wie Staat, Familie und Heimat abgelehnt und gefordert, dass sich der Einzelne selbst völlig frei konstruieren und ein Leben in totaler Freiheit führen soll. Anarchafeministen sind Teil der anarchistischen Szene und identifizieren sich mit der anarchistischen Forderung nach einer herrschaftsfreien Welt.

Das selbstdefinierte Ziel der Autoren von „Nebenwidersprüche“ ist es, über anar-chafeministische Theorien und Proteste in München zu informieren und diesen zu einem Bedeutungszuwachs zu verhelfen. Das Magazin erscheint unregelmäßig als Digital- und Printausgabe. Bisher wurden zwei Ausgaben veröffentlicht. „Nebenwidersprüche“ liegt in verschiedenen Münchner Treffs der linksextremistischen Szene aus.

### **Indymedia.org**

Bis zum Verbot am 14. August 2017 durch das Bundesinnenministerium war



**linksunten.indymedia.org**

linksunten.indymedia die wichtigste Internet-

plattform der linksextremistischen Szene in

Deutschland. Die Plattform wurde von Links-

extremisten genutzt, um zu Demonstrationen aufzurufen und Outings oder Beken-nerschreiben zu linksextremistischen Straftaten zu veröffentlichen.

Seit dem Verbot hat sich die Nutzung auf die Plattform de.indymedia.org verlagert, die nun als zentrales Medium für überregionale Kommunikation der linksextremis-tischen Szene im gesamten deutschsprachigen Raum fungiert.

*„Wir haben nach der Schließung von linksunten beschlossen, die radikale Linke wieder stärker in den Vordergrund zu rücken. Outings und Aufrufe aus radikal lin-ken Zusammenhängen haben zugenommen, ein Teil wandert zu uns. [...] Wir sind hundert Prozent solidarisch mit linksunten und finden gut und richtig, dass Teile der Szene wieder bei uns posten.“*

Die Plattform bietet Nutzern wieder die Möglichkeit, Beiträge und Veranstaltungen anonym zu posten. Diese werden ohne vorherige Kontrolle veröffentlicht. Erst an-schließend soll nach Angaben der Betreiber eine Sichtung, Kontrolle und Sortie-rung seitens der Moderatoren stattfinden. Dennoch finden sich auf de.indymedia.org zahlreiche Beiträge mit linksextremistischem Inhalt, die trotz Verstößen gegen die Moderationskriterien nicht entfernt wurden.

Neben Solidaritätsbeiträgen werden auch Outings von mutmaßlichen Rechtsextremisten, Behördenvertretern oder Personen aus der Wirtschaft gepostet. Im Juni wurde ein Plakat unter dem Motto „Know your Enemy! Zivilbullen in München“ veröffentlicht, das Zivilpolizisten in München abbildet. Zwar handelt es sich bei den Fotos der Polizeibeamten nicht um aktuelles Bildmaterial, dennoch kann die Veröf-

fentlichung gleichwohl als Aufruf verstanden werden, bislang unbekannte zivile Polizeibeamte zu enttarnen.

### **3. Schulungen und Aktionstrainings**

Die linksextremistische Szene nutzt darüber hinaus auch eigene Informations- und Bildungsveranstaltungen, um sowohl Szenemitglieder zu informieren und fortzubilden, als auch andere politisch interessierte Menschen anzusprechen und für die Szene zu gewinnen. Hierzu wird in den Veranstaltungen über vermeintliche gesellschaftliche Missstände berichtet und diese in einen linksextremistischen Kontext gestellt. Ihre Ideologie streuen Linksextremisten über verschiedene Verbreitungswege wie Online-Beiträge, Flyer und Broschüren, an Informationsständen, auf Kongressen und in Diskussionsgruppen oder über die Organisation von Filmvorführungen.

Neben Information und Fortbildung dient linksextremistische „Bildungsarbeit“ vor allem auch der Konsolidierung der linksextremistischen Szene. Szeneangehörige sollen in ihren extremistischen, anti-staatlichen Ansichten bestärkt und auf „Linie“ gehalten werden. Es wird über Ziele, die eigene Rolle innerhalb der Gesellschaft oder darüber, wie andere Menschen politisiert und für die eigene Szene gewonnen werden können, diskutiert. Darüber hinaus vermitteln Unterstützungsorganisationen wie die „Rote Hilfe“ (RH), Meinungs- und vermeintliche Rechtssicherheit gegenüber staatlichen Behörden, um die linksextremistische Szene vor Aussteigern oder Dissidenten zu schützen und insgesamt zu stärken.

Ein großer Teil der sceneinternen Schulungen, vor allem zum Umgang mit staatlichen Behörden, wird durch die linksextremistische RH betrieben. Die RH organisiert Informationsveranstaltungen gegen angebliche staatliche Repression, bei denen sie rechtliche Hintergründe und Strategien im Umgang mit polizeilichen Maßnahmen vorstellt. Ein Beispiel dafür ist die Vortragsreihe zum Tag der politischen Gefangenen, der jedes Jahr im März stattfindet. Unter dem Titel *„Alte und neue Wege durch den Knast: Solidarität gegen Repression“* organisierte die RH mit ihren Ortsgruppen Veranstaltungen mit Stationen u. a. auch in München und Nürnberg. Hierzu hatte die RH ehemalige „politische Gefangene“ sowie Aktivisten eingeladen, die über ihre Erlebnisse und Strategien im Umgang mit staatlicher Repression berichten sollten.

Auf ihrer Homepage veröffentlicht die RH ein breites Angebot an Informationsmaterial, darunter auch Flyer mit den Titeln „*Hausdurchsuchung. Was tun?*“ oder „*Anquatschversuch – Was tun? Information der Roten Hilfe zu Kontaktaufnahme von VS und Staatsschutz*“. Darin sind Informationen zu rechtlichen Hintergründen und Tipps zum Umgang mit Behördenvertretern enthalten. Grundsätzlich soll jede Kooperation mit Behörden verweigert werden. Der Arbeitsschwerpunkt der RH liegt in der finanziellen und politischen Unterstützung von linksextremistischen Straf- und Gewalttätern. Dabei geht es der Organisation nicht um die Resozialisierung der Straftäter, sondern um die Unterstützung von Linksextremisten in ihrem Kampf gegen das politische System.

Neben rechtlichen Informationen zum Umgang mit Behörden finden innerhalb der linksextremistischen Szene auch sogenannte „Aktionstrainings“, d. h. Schulungen zum Verhalten auf Demonstrationen, statt. So organisierte z. B. die linksextremistisch beeinflusste Kampagne „*Ende Gelände*“ am 25. Mai ein Aktionstraining in Würzburg. Hier wurden neben Rechtshilfe u. a. auch Aktionsformen des zivilen Ungehorsams (z. B. Blockaden), das Agieren in Bezugsgruppen oder das Durchbrechen von Polizeiketten thematisiert und trainiert.



## Reichsbürger und Selbstverwalter

- **Rund 3.950 Anhänger der Reichsbürger- und Selbstverwalterzene**
- **Die Zahl der identifizierten Reichsbürger ist aufgrund der konsequenten Maßnahmen der Sicherheitsbehörden leicht rückläufig**
- **Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten der überregional agierenden Gruppierung „Staatenlos.info“**

### 1. Personenpotenzial und Waffen

Den Sicherheitsbehörden in Bayern ist es durch kontinuierliche Ermittlungsarbeit gelungen, Personenpotenzial, Strukturen und regionale Schwerpunkte weiter aufzuklären.

Bis zum 30. Juni lagen zu rund 3.950 Personen (31.12.2018: 4.200) belastbare Hinweise bezüglich ihrer Zugehörigkeit zur Reichsbürgerszene vor, bei weiteren Personen ist die Prüfung noch nicht abgeschlossen. Das Personenpotenzial umfasst ca. 400 Personen als „harten Kern“, der insbesondere durch zahllose Aktivitäten gegenüber staatlichen Institutionen seine Ideologie zum Ausdruck bringt. Bei den meisten bislang identifizierten Reichsbürgern und Selbstverwaltern ist derzeit kein „Organisationsbezug“ erkennbar.

Bestehende Daten zur Reichsbürger- und Selbstverwalterzene werden durch die bayerischen Sicherheitsbehörden fortlaufend geprüft. Die erstmalige Reduzierung

der Anzahl identifizierter Reichsbürger und Selbstverwalter ist auch darauf zurückzuführen, dass die konsequenten Maßnahmen der Sicherheitsbehörden Wirkung in der Szene zeigen. So haben sich bereits einige Personen, die nicht dem sogenannten „harten Kern“ angehören, glaub- und dauerhaft von der Szene distanziert.

Die Reichsbürgerideologie insgesamt ist geeignet, Personen in ein geschlossenes verschwörungstheoretisches Weltbild zu verstricken, in dem aus Staatsverdrossenheit Staatshass werden kann. Dies kann die Grundlage für Radikalisierungsprozesse sein. Verschiedene Vorfälle belegen, dass sich in der Szene auch gewaltbereite Personen bewegen. Gewalttaten richteten sich in aller Regel gegen staatliche Maßnahmen bzw. gegen Vertreter des Staates.

Um das von ihnen ausgehende Gefahrenpotenzial zu minimieren, werden bei Angehörigen der Reichsbürgerszene bestehende waffenrechtliche Erlaubnisse überprüft und, wo möglich, entzogen. Jede waffenrechtliche Erlaubnis setzt voraus, dass der Erlaubnisinhaber die erforderliche waffenrechtliche Zuverlässigkeit besitzt. Diese Zuverlässigkeit ist im Fall der Zugehörigkeit zur Reichsbürgerbewegung aber zu verneinen.

Bis zum 30. Juni haben die Sicherheitsbehörden in Bayern 345 Personen innerhalb der Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter identifiziert, die über eine oder mehrere waffenrechtliche Erlaubnisse verfügten. Gegen alle 345 Personen wurden bereits Widerrufsverfahren durch die Waffenbehörden eingeleitet, von denen 310 Fälle abgeschlossen wurden, indem ein Widerrufsbescheid erging, die Erlaubnisse freiwillig abgegeben oder die Verfahren eingestellt wurden oder sich auf sonstige Weise erledigten.. Dabei wurden 778 Waffen bei der Waffenbehörde oder an einen Berechtigten abgegeben. Somit bleiben derzeit nur noch 35 zum Widerruf eingeleitete, aber noch nicht abgeschlossene Verfahren zu bestätigten Reichsbürgern mit waffenrechtlichen Erlaubnissen.

## Statistische Erhebungen zur Reichsbürgerszene in Bayern

Die Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter in Bayern ist im Wesentlichen männlich geprägt: Rund drei Viertel der identifizierten Personen sind Männer.

Die Altersstruktur der Reichsbürger und Selbstverwalter unterscheidet sich erheblich von der in anderen Phänomenbereichen. Während dort häufig Jüngere dominieren, sind Reichsbürger und Selbstverwalter im Schnitt lebensälter. Mehr als die Hälfte des Personenpotenzials ist 50 Jahre oder älter.

Der Schwerpunkt der Szene liegt im Alterssegment der 40- bis 69-Jährigen mit rund 70 Prozent des gesamten Personenpotenzials, wobei hier eine Dominanz der Gruppe der Personen zwischen 50 und 59 Jahren mit rund einem Drittel auffällig ist. Personen bis 29 Jahren sind hingegen unterdurchschnittlich vertreten (ca. 10 Prozent).

### **2. Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten der Gruppierung „Staatenlos.info“ in Bayern**

In Bayern konnten in der ersten Jahreshälfte regelmäßige öffentlichkeitswirksame Aktivitäten einzelner Aktivisten der Reichsbürgergruppierung „Staatenlos.info“ festgestellt werden. Seit Februar finden in Nürnberg auf dem Kornmarkt, am Portal



der Straße der Menschenrechte, in München-Pasing am Rathausplatz und abwechselnd am Stadtplatz in Traunstein und Traunreut wöchentlich angemeldete Versammlungen einzelner mit gelben

Westen bekleideten Aktivisten der Gruppierung statt. In den Redebeiträgen werden mit reichsbürgertypischen Argumentationsmustern die vermeintliche rechtliche Situation in Deutschland, die angebliche Staatenlosigkeit der Bewohner Deutschlands sowie die allgemeine Situation des politischen Systems dargestellt. Anhänger der Gruppierung gehen dabei davon aus, dass die deutsche Staatsangehörigkeit de facto „abgeschafft“ sei und sich die Bundesrepublik Deutschland lediglich alter „faschistischer“ Staatsstrukturen bedienen würde.

Die überregional aktive Reichsbürgergruppierung „Staatenlos.info“, die bisher eher im nord- bzw. westdeutschen Raum und in Berlin in Erscheinung getreten ist, fordert u. a. „die Befreiung von Deutschland und Europa aus der faschistischen Gesinnungsdiktatur“ und stellt in diesem Zusammenhang eine Nähe zu Russland her, das offenbar als Verbündeter betrachtet wird. Das Kernproblem aller Deutschen sei – so die Gruppierung – dass die Bundesrepublik Deutschland nicht „entnazifiziert“ worden und von „doppelter Staatlosigkeit“ betroffen sei: Da aus Sicht der Reichsbürgergruppierung eine Rechtsgrundlage der Bundesrepublik Deutschland fehle, existiere somit auch keine „Unionsbürgerschaft“, d. h. keine Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Über Lautsprecher spielen die Anhänger der Gruppierung bei ihren öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten verschiedene Audio-Beiträge von Politikern und Journalisten ab und legen deren Inhalte dann per Redebeitrag verschwörungstheoretisch aus. Weiterhin wird versucht, Flyer der Gruppierung an Passanten zu verteilen. Ein Interesse der Bevölkerung an den öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten von „Staatenlos.info“ ist allerdings bislang kaum erkennbar.

Die hauptverantwortlichen Anmelder und Organisatoren dieser Versammlungen fungieren im Rahmen der Kundgebungen überwiegend auch als einzige Redner und Moderatoren. Vereinzelt beteiligen sich weitere Personen an den Versammlungen. Im Anschluss an die durchgeführten Versammlungen werden selbstgefertigte Videoaufzeichnungen der Wortbeiträge auf den YouTube-Kanälen der lokalen Gruppierungen hochgeladen.

Die auffällige Bekleidung auch der bayerischen Aktivisten der Gruppierung mit gelben Westen ist als Bezugnahme auf die „Bewegung der gelben Westen“ (franz. Mouvement des gilets jaunes) in Frankreich zu sehen, die seit Herbst 2018 auch durch schwere gewalttätige Ausschreitungen einzelner Aktivisten die Umsetzung ihrer politischen Forderungen (u. a. Steuersenkungen, Anhebung des Mindestlohns) zu erzwingen versucht. Einheitliches Erkennungszeichen der Protestierenden der Bewegung sind die im Namen enthaltenen „gelben Westen“.

Bereits seit einigen Jahren hat „Staatenlos.info“ eine Art Infostand auf dem Platz der Republik in Berlin, direkt vor dem Reichstagsgebäude. Mit regelmäßigen

Kundgebungen, die teils auch per Video im Internet veröffentlicht werden, sucht die Gruppierung regelmäßig die Öffentlichkeit.



In Berlin kam es bei Auftritten einzelner „Staatenlos“-Anhänger bei Gerichtsverhandlungen zu Störungen, Gerangel oder lautstarken verbalen Ausfällen. Teilweise versuchten einzelne Anhänger der Gruppierung, auch unter Gewaltanwendung ins Gerichtsgebäude zu gelangen.

Für den 27. April wurde zu einer großen gemeinsamen Versammlung im Regierungsviertel in Berlin aufgerufen, an der Personen aus ganz Deutschland teilnehmen sollten. Letztlich ging die Gesamtteilnehmerzahl kaum über 100 hinaus, vertreten waren auch einzelne Personen aus Bayern.

Die Reichsbürgergruppierung versucht offenbar, entsprechende Versammlungen in weiteren deutschen Städten durchzuführen und ihren Bekanntheitsgrad zu erhöhen. Nach erfolgter Etablierung der Veranstaltungen im bayerischen Raum kann von einem geringfügigen Anstieg der Mitgliederzahl auch in Bayern ausgegangen werden.

Die regelmäßige Durchführung wöchentlich wiederkehrender Kundgebungen war bislang untypisch für die bayerische Reichsbürgerszene. Die Veranstaltungen bergen das Risiko, zumindest einzelne Zuhörer mit reichsbürgertypischem und verschwörungstheoretischem Gedankengut in Kontakt zu bringen und auf diesem Wege eine Verbindung zur Szene bzw. Gruppierung herzustellen, was in der Folge zu einer tieferen Indoktrination Einzelner führen könnte.

### **3. Exekutivmaßnahmen**

Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens, u. a. wegen banden- und gewerbsmäßiger Urkundenfälschung und Amtsanmaßung, gegen die Reichsbürgergruppierung „Volksstaat Bayern“ hat die Polizei am 11. März in Pliening bei zwei führenden Mitgliedern der Gruppierung eine Durchsuchungsmaßnahme durchgeführt und dabei falsche Urkunden, Datenträger, Bargeld sowie einen Computer beschlagnahmt. Es war bereits die fünfte Durchsuchung bei Mitgliedern des sogenannten „Volksstaats Bayern“. Die letzte Durchsuchungsmaßnahme hatte im April 2018 stattgefunden. Im Rahmen der Durchsuchungen bei Führungspersonen der Gruppierung konnten bislang neben reichsbürgertypischen Dokumenten auch falsche TÜV-Plaketten und Ausweispapiere sowie Waffen und Munition sichergestellt werden.



Die in Landsham bei München ansässige Reichsbürgergruppierung „Volksstaat Bayern“ wurde – seinerzeit noch unter der Bezeichnung „Bundesstaat Bayern“ – im Oktober 2016 als sicherheitsgefährdende Bestrebung zum Beobachtungsobjekt des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz erklärt. Zum 25. September 2018 hat die Gruppierung ihre Umbenennung in „Volksstaat Bayern“ bekanntgegeben.

Der „Volksstaat Bayern“ sieht sich weiterhin als souveräner Glied- bzw. Bundesstaat im sogenannten „Staatenbund Deutsches Reich“ mit Sitz in Fürstlich Drehna (Brandenburg), dem auch der „Freistaat Preußen“, die „Republik Baden“, der „Volksstaat Württemberg“ (ehemals „Bundesstaat Württemberg“) und der „Bundesstaat Sachsen“ angehören.



## Cybersicherheit

- Erneut Spionageaktivitäten von APT-Gruppen im ersten Halbjahr 2019
- Angebot des CAZ wird weiterhin gut angenommen
- In bereits ca. 1080 Fällen wurde das CAZ um Unterstützung gebeten, um mögliche Cyberangriffe auf Einrichtungen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zu erkennen und wirksame Gegenmaßnahmen zu ermöglichen

### 1. APT-Angriffe

Elektronische Angriffe sind gezielte Maßnahmen mit und gegen IT-Infrastrukturen zur Informationsbeschaffung (Cyberspionage) oder Schädigung (Cybersabotage). Sie können sowohl über das Internet als auch über manipulierte Datenträger erfolgen.

In Bayern konnten im ersten Halbjahr 2019 wieder Spionageaktivitäten von APT-Gruppen beobachtet werden. Mit dem Akronym APT<sup>1</sup> werden sowohl äußerst präzise Cyberattacken beschrieben, als auch Gruppierungen bezeichnet, die hinter derartigen Angriffen stecken. In der Regel greifen APT-Gruppen ihre Ziele – im Gegensatz zu „normalen“ Cyberkriminellen – nicht nur einmal, sondern langfristig an. Sie stören den Betrieb und verändern oder stehlen Daten. In der Regel werden APT-Gruppen von Regierungen angewiesen oder unterstützt.

---

<sup>1</sup> (Advanced Persistent Threat, deutsch: herausgehobene andauernde Bedrohung)

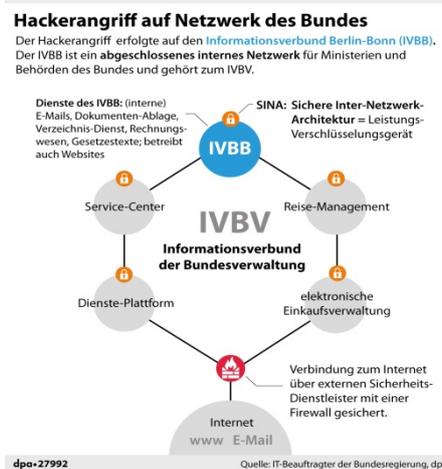
IT-Sicherheitsunternehmen benennen die verschiedenen APT-Gruppen. International haben sich inzwischen durchgängige Nummerierungen und Bezeichnungen, wie „Bear“ für russische, „Kitten“ für iranische und „Panda“ für chinesische Gruppen etabliert.

Vor den eigentlichen Angriffen werden mögliche Opfer, insbesondere in sozialen Netzwerken, mittels „social engineering“ ausgeforscht. Bekommt ein Angreifer schließlich sein Ziel unter Kontrolle, erhält er Zugang zu sensiblen Informationen und kann ggf. die Verfügbarkeit des Netzes beeinflussen. Die Anonymität im Netz sowie die Komplexität der vernetzten Geräte erschwert die Bearbeitung der Verdachtsfälle zum Teil erheblich.

Hauptakteure nachrichtendienstlicher Spionageaktivitäten sind nach wie vor die Russische Föderation, die Islamische Republik Iran und die Volksrepublik China:

### Russische Föderation

„APT28“ ist die Gruppierung, der medial die größte Aufmerksamkeit zuteilwurde. Sie wird dem russischen Militärnachrichtendienst GRU zugeordnet. Diese Angreifergruppe wurde erstmals im Jahre 2004 entdeckt und ist seither aktiv. Die Cyberaktivitäten sind Mittel der politischen Aufklärung und dienen den Interessen der russischen Außenpolitik. Der 2018 erfolgte Angriff auf das Datennetz der Bundesverwaltung (Informationsverbund Berlin-Bonn, IVBB) ist eine der prominentesten Spionageaktivitäten, die der russischen Gruppierung „APT28“ zugeschrieben werden.



Dagegen wird die Angreifergruppierung „Berserk Bear“ dem russischen Inlandsnachrichtendienst zugerechnet. Ihr Angriffsziel ist auf die Aufklärung technischer Komponenten von Infrastrukturunternehmen (z. B. Energieversorger oder Informationstechnik) ausgerichtet, also KRITIS-Unternehmen im Sinne des IT-Sicherheitsgesetzes.

## Islamische Republik Iran

Seit mindestens Anfang 2017 trat nach Einschätzung eines namhaften IT-Sicherheitsunternehmens die bis dahin unbekannte APT-Gruppe „Leafminer“ in Erscheinung. Opfer der Cyber-Attacken sind überwiegend Regierungsorganisationen und Unternehmen im Mittleren Osten. Methodisch nutzt die Gruppierung vorwiegend Schwachstellen-Scans von Netzwerkdiensten und bedient sich einer Methode, bei der Login-Passwortdaten systematisch anhand einer Passwortliste durchprobiert werden (sogenannte Wörterbuchangriffe).

„APT 35“ oder „Rocket Kitten“ wird dem iranischen Nachrichtendienst, mutmaßlich den Iranischen Revolutionsgarden, zugeordnet. Aktivitäten dieser Gruppierung konnten erstmals im April 2014 festgestellt werden. Ziel der Angriffs-Kampagne ist „klassische“ Spionage, wie die Ausspähung von Geschäftsgeheimnissen, insbesondere durch Erlangung personenbezogener Daten. Attacken mittels Spear-Phishing-Mails werden mit sogenanntem Social-Engineering methodisch kombiniert. Die Angreifer versuchen gezielt ihren Opfern Zugangsdaten zu E-Mail-Postfächern und Konten in sozialen Netzwerken zu entlocken. Bislang waren vorwiegend Personen aus Israel und dem Nahen Osten betroffen. Im Jahr 2018 wurden erneut Spear-Phishing-Aktivitäten von „Rocket Kitten“ festgestellt.

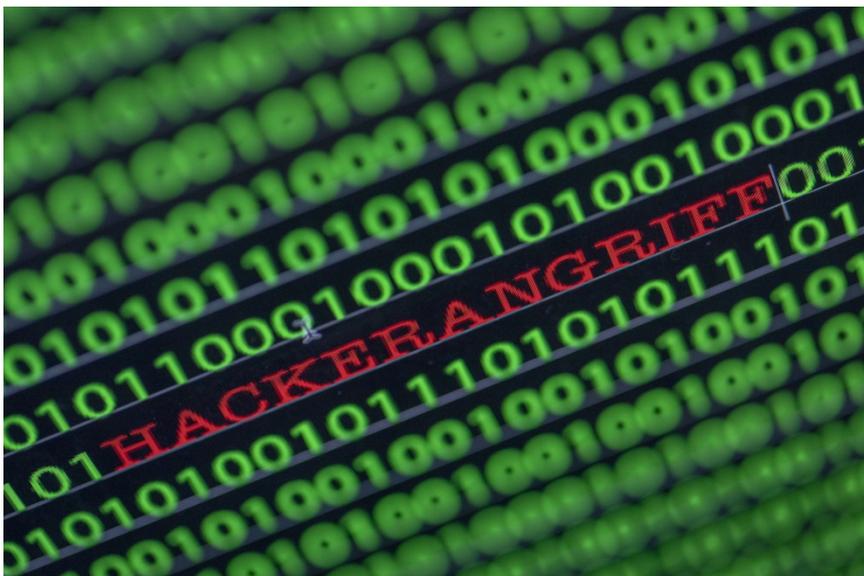


Bild oben: picture alliance/Jens Büttner/dpa-Zentralbild/ZB; Fotograf: Jens Büttner

## Volksrepublik China

„APT10“ wird häufig auch als „Cloud Hopper“ oder „Stone Panda“ bezeichnet, weil diese Angreifergruppe insbesondere die Service-Provider der Opfer nutzt. Da zwischen dem Firmennetzwerk und Service-Providern regulär Datenaustausch stattfindet, fallen dem Opfer Unregelmäßigkeiten nicht sofort auf. „APT10“ ist bereits seit Jahren aktiv, insbesondere in Japan. Die Gruppierung nutzte u. a. bayerische Infrastruktur für ihre Aktivitäten.

### 2. Aktivitäten des Cyber-Allianz-Zentrums und des Wirtschaftsschutzes

Das Cyber-Allianz-Zentrum (CAZ) unterstützt seit dem 1. Juli 2013 bayerische Unternehmen und Betreiber Kritischer Infrastruktur (KRITIS) als zentraler Ansprechpartner und Kompetenzzentrum bei der Prävention und Abwehr von Bedrohungen aus dem Netz.

Insgesamt hat das CAZ in den vergangenen fünf Jahren ca. 1.080 Anfragen erhalten und daraus über 320 Fälle generiert, bei denen der Verdacht auf einen nachrichtendienstlich gesteuerten elektronischen Angriff bestand. Fallbearbeitungen resultieren zum Teil aus Hinweisen von Unternehmen und internationalen Partnerdiensten bzw. basieren auf eigenen Ermittlungsansätzen und Erkenntnissen. Durch Sensibilisierungsmaßnahmen wie Vorträge oder Gespräche wurden im ersten Halbjahr 2019 erneut zahlreiche Unternehmen erreicht. Darüber hinaus nahm das CAZ an vertraulichen Gesprächsrunden teil oder publizierte Beiträge in der Fachpresse.

### Struktur und Arbeitsweise

Die Fallbearbeitung gliedert sich in drei Säulen:

- forensisch-technische Analyse
- nachrichtendienstliche Bewertung
- Kommunikation und Netzwerkbildung



Der Bereich Kommunikation nimmt Meldungen zu Vorfällen vertraulich auf und berät gemeinsam mit den betroffenen Wirtschaftsunternehmen über das weitere Vorgehen. Gibt es Anhaltspunkte für einen gezielten Angriff, erfolgt zunächst die Analyse aus forensisch-technischer Sicht. Gleiches gilt für gezielte Angriffe auf staatliche Stellen, die ebenfalls im CAZ analysiert werden. Die technischen Ergebnisse werden in einem zweiten Schritt einer nachrichtendienstlichen Bewertung unterzogen. Alle Ergebnisse werden gesammelt und intern weiterverarbeitet.

Im Rahmen der Prävention erhalten schließlich neben dem betroffenen Unternehmen in anonymisierter Form auch weitere potenzielle Opfer Informationen zu den erkannten Angriffsmustern – beispielsweise dann, wenn davon ausgegangen werden kann, dass sich die Angriffe gegen eine ganze Branche richten. So erhalten Unternehmen die Möglichkeit, ihre Schutzmechanismen zu optimieren, um potenzielle Angriffe besser abwehren zu können.

### **Netzwerkbildung**

Zwischen zahlreichen Unternehmen der bayerischen Wirtschaft und dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) hat sich eine über viele Jahre gewachsene Sicherheitspartnerschaft entwickelt. Mit dem Bereich Wirtschaftsschutz steht das BayLfV im Rahmen der präventiven Spionage- und Sabotageabwehr schon seit mehr als zehn Jahren im engen Kontakt mit der bayerischen Wirtschaft. Der Arbeitsbereich bietet rund um die Themen Proliferation, Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage kostenfreie Serviceleistungen an, z. B. allgemeine Vorträge zur Sensibilisierung bis hin zu vertraulichen Gesprächen in betroffenen Firmen und Hochschulen. In regelmäßigen Abständen werden, gemeinsam mit dem LfV Baden-Württemberg, Sicherheitstagungen für die Wirtschaft durchgeführt, zuletzt im März 2019. Die Unternehmen haben hier die Gelegenheit, sich zu informieren, auszutauschen und zu vernetzen. Die Zuständigkeit des Verfassungsschutzes ergibt sich aus dem gesetzlichen Auftrag zum Schutz vor der Spionagetätigkeit ausländischer Nachrichtendienste.

Insgesamt unterhalten die Bereiche Wirtschaftsschutz/CAZ feste Kontakte zu rund 170 Unternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen und KRITIS-Betreibern. Im Bereich der Cybersicherheit arbeiten sie mit unterschiedlichen Akteuren auf Landes- und Bundesebene zusammen, wie z. B. mit dem Bundesamt für Verfas-

sungsschutz (BfV) und den Verfassungsschutzbehörden der anderen Länder sowie dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Als Institution im besonderen staatlichen Interesse (INSI) gehört das CAZ der Nationalen Allianz für Cyber-Sicherheit an.

Auf Landesebene ist das CAZ ein wichtiger Baustein der „Initiative Cybersicherheit“, die 2013 im Rahmen der Bayerischen Cybersicherheitsstrategie ins Leben gerufen wurde. Weitere institutionelle Säulen der „Initiative Cybersicherheit“ sind das Sachgebiet Cybersicherheit beim Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration sowie das Dezernat 54-Cybercrime im Bayerischen Landeskriminalamt.

Die Bereiche Wirtschaftsschutz/CAZ pflegen intensive Kontakte zu den Cybercrime-Schwerpunktdienststellen München und Nürnberg. Außerdem findet ein Austausch mit dem Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) statt. Eine enge Zusammenarbeit verbindet die Bereiche mit Industrie- und Handelskammern (IHK) sowie mit Wirtschaftsverbänden. Auch zu Hochschulen bestehen vielfältige Sicherheitspartnerschaften.

## **Bilanz**

Seit ihrer Gründung sind Wirtschaftsschutz und CAZ als vertrauenswürdige und kompetente Ansprechpartner für Unternehmen, KRITIS-Betreiber und Wissenschafts- bzw. Forschungseinrichtungen etabliert. Durch den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zu zahlreichen Unternehmen und Einrichtungen („Sicherheitspartnerschaft“) konnte erreicht werden, dass immer mehr Betroffene Cybervorfälle von sich aus an das CAZ melden und sich dort präventiv oder im Nachgang zu Vorfällen beraten lassen, um zukünftig besser geschützt zu sein. Die Fachvorträge werden thematisch auf die jeweilige Veranstaltung zugeschnitten oder an den konkreten Informationsbedarf des Unternehmens angepasst. Je nach Geschäftsfeld oder Grad der Awareness werden von den Zielgruppen – angefangen von Hochschulen, über kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) bis hin zu global agierenden Konzernen – unterschiedlichste Themen angefragt. Beratungsbedarf zu Maßnahmen der Informationssicherheit besteht ebenso häufig wie zu den Themen Reisesicherheit oder dem „Factor Mensch“. Auch Fragen zu Chancen

und Risiken der Nutzung sozialer Netzwerke beschäftigen die Unternehmen zunehmend.

Angesichts der Herausforderungen der Digitalisierung messen Unternehmen der IT-Sicherheit einen zunehmend hohen Stellenwert bei. Dies belegen zahlreiche Studien, wonach die Investitionen in IT in den vergangenen Jahren weltweit gestiegen sind. Dieser Trend setzt sich auch in 2019 fort. Die erforderlichen IT-Sicherheitslösungen werden jedoch immer komplexer. Dies führt zu einer steigenden Abhängigkeit der Unternehmen von externen Sicherheitsdienstleistern oder aufwendigen internen Sicherheitslösungen. Die Erfahrungen zeigen, dass insbesondere die KMU in Teilen nur schwach vor Cyberangriffen geschützt sind.

Als Single Point of Contact trägt das CAZ durch einen Warn- und Informationsdienst dazu bei, insbesondere KMU auf IT-Sicherheitsvorfälle hinzuweisen, oder mit Präventionsangeboten bei der Früherkennung oder der Steigerung der Erkennungsrate von nachrichtendienstlich gesteuerten Angriffen auf Unternehmen zu unterstützen.



## Verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit

- **Stürzenberger ruft zur Solidarität mit IB- Aktivisten Sellner auf**
- **Patriotenreise nach Mallorca zielt auf Vernetzung und Bündelung der islamfeindlichen Kräfte**

### Michael Stürzenberger sucht den Schulterschluss zur Identitären

#### Bewegung

In der Vergangenheit hatte sich Michael Stürzenberger, zentraler Akteur des verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Spektrums in Bayern, von Personen und Organisationen distanziert, die von den Verfassungsschutzbehörden der rechtsextremistischen Szene zugerechnet werden.

Seit Oktober 2018 verzeichnete das BayLfV jedoch vermehrt positive Äußerungen Stürzenbergers zur rechtsextremistischen Identitären Bewegung (IB) und zu ihrem führenden Aktivisten im deutschsprachigen Raum, Martin Sellner.

Im Zusammenhang mit der öffentlichen Diskussion über eine Geldspende des Täters der Anschläge auf zwei Moscheen in Christchurch/Neuseeland an Martin Sellner rief Stürzenberger wiederholt zur Solidarität mit diesem auf. Wegen dieser Geldspende und etwaigen sonstigen Kontakten des Täters von Christchurch zur IB ermitteln die österreichischen Behörden gegen Martin Sellner und die IB.



Bild rechts: picture alliance/APA/picturedesk.com  
Fotograf: Georg Hochmuth

In einem am 4. April auf dem Internetblog „Politically Incorrect“ (PI-News) veröffentlichten Artikel unter der Überschrift „Solidarität mit Martin Sellner gegen linke Diffamierungs-Kampagne“ schrieb Stürzenberger u. a.:

*„Die mediale und politische Hetzjagd gegen Martin Sellner, dem Sprecher der Identitären Bewegung Österreichs, ist völlig ungerechtfertigt. (...) Wenn einem hochaktiven Patrioten wie Martin Sellner solch massiv Unrecht zugefügt wird, dann sollte es für jeden rechtskonservativ denkenden Bürger selbstverständlich sein, sich solidarisch zu diesem vorbildlichen Aktivisten zu bekennen, der sich für den Erhalt unserer Werte und unserer Zivilisation einsetzt.“*

In Blog- und Video-Beiträgen sowie bei einer Rede in Dresden am 1. April im Rahmen einer Veranstaltung von PEGIDA Dresden lobte er Sellner als „intelligenten und absolut friedliebenden Patrioten“ und die IB u. a. für die aus seiner Sicht „kreativen und geistreichen und strikt gewaltfreien Aktionen“. Auch aus weiteren Aussagen Stürzenbergers lässt sich dessen zustimmende Haltung gegenüber der IB-Ideologie und den Aussagen Sellners erkennen:

So äußerte er bei einer Veranstaltung am 31. März in Apolda/Thüringen u. a.:

*„Und mit allem, was er [Sellner] sagt, hat er Recht in Bezug auf die demographische Veränderung.“*

(Transkription der wörtlichen Rede)



Ende Mai nahmen sowohl Stürzenberger als auch Martin Sellner an einer auf PI-News als „Patriotenreise #1“ angekündigten Veranstaltung auf Mallorca/Spanien teil. In der Ankündigung wurde da-

mit geworben, auf der Reise „Jungs wie Sellner und Stürz“<sup>1</sup> privat kennenzulernen und ihre Vorträge anzuhören. Ziel der „Patriotenreise #1“ sei es u. a., eine „bessere Vernetzung“ zu erreichen und die „klügsten Strategien für den Widerstandskampf“ zu erörtern.

<sup>1</sup> (gemeint sind Martin Sellner und Michael Stürzenberger)

In einem während der Veranstaltung am 17. Mai auf YouTube veröffentlichten, aktuell nicht mehr abrufbaren, Beitrag äußerte Stürzenberger u. a.:

*„Die Identitäre Bewegung macht im Gegensatz zur linksradikalen Antifa absolut gewaltfreie Aktionen, ja. (...) Aber das zeigt auch, wie viel Angst die vor dieser Bewegung haben, weil sie eine mächtige Botschaft verkörpert.“*

(Transkription der wörtlichen Rede)

Diese verschiedenen positiven Aussagen Stürzenbergers lassen den Schluss zu, dass er die IB dem „patriotischen“ islamkritischen Spektrum zurechnet. Sie lassen zudem eine zustimmende Haltung gegenüber ideologischen Grundaussagen der IB, insbesondere gegenüber den Konzepten „Ethnopluralismus“ und „Großer Austausch“ erkennen.

Im Zentrum dieser beiden Ideologieelemente steht die Vorstellung einer angeblich vorherrschenden „ethnokulturellen Identität“ der europäischen Völker, die durch eine Masseneinwanderung „kulturfremder“ Einwanderer bedroht sei. Ein maßgeblicher Indikator dieses „Großen Austauschs“ sei die, durch die IB ebenfalls bekämpfte, angebliche Islamisierung Europas. Diese Entwicklung würde, so die Propaganda der IB, durch politische, kulturelle und wirtschaftliche Eliten gesteuert mit dem Ziel, die „angestammten“ Völker und Kulturen Europas zu ersetzen.

Dieses Postulat von der räumlichen und geopolitischen Trennung von Menschen nach ethnischen Kriterien findet sich in ähnlicher Form bereits in der „Blut und Boden“-Ideologie des Nationalsozialismus wieder. Es wurde innerhalb rechtsextremistischer Kreise nach 1945 fortentwickelt und in Form von Verschwörungstheorien wie dem „Großen Austausch“ pseudointellektuell unterfüttert. Zuletzt hatte der Attentäter von Christchurch/Neuseeland den Begriff „Großer Austausch“ (englisch: The Great Replacement) als Titel für sein auf einem sozialen Medienkanal veröffentlichtes Bekenner schreiben verwendet. Dies belegt die aktuelle Strahlkraft des Konzepts für Rechtsextremisten weltweit.



## Scientology Organisation (SO)

- **Scientology verstärkt ihre Öffentlichkeitsarbeit in München**

### Informationsveranstaltungen der „Volunteer Ministers“ in München

Scientology (SO) unterhält mit den sogenannten „Ehrenamtlichen Geistlichen“ („Volunteer Ministers“) eine nach eigenen Angaben internationale Hilfsorganisation.

Auch in München zeigten die „Ehrenamtlichen Geistlichen“ im 1. Halbjahr eine stärkere Präsenz. Das Celebrity Centre München (CC), ebenfalls eine Teilorganisation der Scientology Kirche Bayern e. V., führte im ersten Halbjahr 2019 in München deutlich mehr Informationsveranstaltungen durch als in den Vorjahren.

Unter dem Motto *„Man kann immer etwas tun, sagen die ehrenamtlichen Geistlichen. Für mehr Engagement, sich gegenseitig zu helfen und Aufklärung darüber, wie man helfen kann und wie schon geholfen wurde“* wurden im ersten Halbjahr 2019 sieben Informationsstände durchgeführt, weitere sind bereits angemeldet. In 2018 fanden insgesamt lediglich fünf und in 2017 drei Veranstaltungen statt.

Die Informationsstände befinden sich in der Regel in der Innenstadt an zentralen Orten. Die Scientologen versuchen, mit Redebeiträgen und vereinzelt auch mit Musikdarbietungen Aufmerksamkeit zu erzeugen. Ihr Ziel ist es, über das Verteilen von Informationsmaterial mit Passanten ins Gespräch zu kommen.

Nach Angaben der SO ist es die Aufgabe eines „Ehrenamtlichen Geistlichen“ *„seinen Mitmenschen auf ehrenamtlicher Basis zu helfen, indem er Sinn, Wahrheit*

und spirituelle Werte in deren Leben wiederherstellt“. Dabei wird beispielsweise mit sogenannten „Assists“ (Beiständen) gearbeitet. Dem „geistigen Wesen“ soll geholfen werden, körperliche Schmerzen oder auch seelische Traumata zu überwinden. Beistände sind in unterschiedlicher Form möglich, unter anderem durch das sogenannte Auditing<sup>1</sup> oder Berührungen.

Die „Ehrenamtlichen Geistlichen“ sind an ihrer Uniformierung mit gelben Shirts und Jacken und der Verwendung der Farbe Gelb bei ihren Informationsständen in Form von gelben Zelten bzw. Tischen erkennbar.



Bild oben: BayLfV

Bei den „Ehrenamtlichen Geistlichen“ handelt es sich in der Regel um speziell ausgebildete Mitarbeiter der SO. Die Bezeichnung „Geistliche“ wird durch die SO bewusst verwendet, um Außenstehende in die Irre zu führen und einen religiösen Kontext vorzutäuschen. In Deutschland sind religiöse Bezeichnungen wie „Kirche“ und „Geistliche“ rechtlich nicht geschützt. Mit Ausnahme der Zuerkennung als Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gibt es auch kein Anerkennungsverfahren, mit dem der Status als Religionsgemeinschaft förmlich zuerkannt wird. Jede Gruppe kann sich also – unabhängig von ihrer tatsächlichen Zielsetzung – zunächst Religionsgemeinschaft nennen.

Die Methoden der sog. „Geistlichen“ entsprechen den üblichen scientologischen Techniken zur Beeinflussung und Steuerung von Menschen und werden im „Handbuch für ehrenamtliche Geistliche“ von dem Scientology-Gründer L. Ron Hubbard beschrieben. Neben den Beiständen finden beispielsweise Hubbards Studiertechnologie und bestimmte Trainingsübungen Anwendung. Darüber hinaus gibt es Anleitungen zur Überwindung von Drogenproblemen und zu den Themen Integrität sowie Ehe und Kinder.

Hintergrund der gestiegenen Aktivitäten des Celebrity Center München ist das Bestreben der SO nach ständiger Expansion. Sämtliche Aktivitäten aller Organisa-

---

<sup>1</sup> Von der SO eingesetzte Psychotechnik.

tionsteile werden daher in Statistiken erfasst, aus- und bewertet. Das erhöhte Aktionsniveau dient der Erfüllung statistischer Vorgaben und ist für das SO-interne „Ranking“ von Bedeutung.



Das Programm der „Volunteer Ministers“ wurde bereits Anfang der 70er Jahre ins Leben gerufen. Jedoch erst nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA, bei denen nach SO-Angaben ebenfalls „Ehrenamtliche Geistliche“ im Hilfseinsatz waren, hat die SO deren Werbewirksamkeit erkannt und damit begonnen, das Programm entsprechend zu vermarkten.

Nach Angaben der SO kam es zu internationalen Hilfseinsätzen bei mehreren Katastrophen, so beispielsweise im Dezember 2004 bei dem verheerenden Tsunami in Asien, bei den Hurrikans Katrina und Rita 2005 in den USA sowie bei dem starken Erdbeben auf Haiti im Jahr 2010. Auch in Deutschland sollen die „Ehrenamtlichen Geistlichen“ bei der Hochwasserkatastrophe 2002 in Brandenburg und Sachsen sowie nach dem Amoklauf an einer Schule in Winnenden 2009 tätig gewesen sein. So zeigen Bilder auf ihrer Homepage die „Volunteers“ bei Hilfseinsätzen in Katastrophengebieten. Inwieweit die Organisation tatsächlich praktische Hilfe leistet, kann nicht beurteilt werden.

Ziel der SO bei allen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten ihrer Teil- und Tarnorganisationen ist es stets, sich als global vernetzten Akteur und Ansprechpartner zu präsentieren, um neue Mitglieder zu rekrutieren und Spenden zu sammeln. Themen, die einen breiten gesellschaftlichen Konsens bieten, stehen daher besonders im Fokus.

Die SO macht sich bei dabei insbesondere im Fall von Katastrophen die psychische Ausnahmesituation der Betroffenen zunutze, um professionelle psychologische und psychiatrische Hilfe und Beratung zu verdrängen und die Opfer scientologischen Techniken zu unterziehen.

Da Informationsstände von Teilorganisationen bzw. Tarnorganisationen nicht immer klar der SO zuzuordnen sind, besteht hier grundsätzlich die Gefahr, dass die Bevölkerung diese Veranstaltungen nicht als Aktivitäten der SO wahrnimmt und sich für eine vermeintlich „gute Sache“ engagiert.



## Organisierte Kriminalität (OK) - Rockerkriminalität

- Lage in Bayern derzeit eher ruhig
- Mitglieder des Gremium MC verletzen Polizeibeamte schwer
- Langjährige Haftstrafen gegen Mitglieder des Hells Angels MC verhängt
- Clubauflösungen und Neugründungen in München und Rosenheim

### 1. Entwicklung im Bereich Rockerkriminalität

Die Beobachtung der Rockerkriminalität fällt als Phänomenbereich der Organisierten Kriminalität in den Aufgabenbereich des BayLfV. Als Outlaw Motorcycle Gang (OMCG) bezeichnet man relevante Gruppierung der Rockerszene, die sich insbesondere durch die selbstgewählte Kennzeichnung als „1%er“ von den übrigen „99% der gesetzestreuen“ Motorradclubs abgrenzen. In Bayern sind insbesondere der Hells Angels MC (HAMC), der Bandidos MC (BMC), der Outlaws MC (OMC) und der Gremium MC (GMC) vertreten. Die Chapter genannten Ortsgruppen (Charter beim HAMC) verfügen oft zusätzlich über Supporterclubs.

Rockerähnlich organisierte Gruppierungen ähneln den klassischen 1%er-Clubs in ihrem martialischen Auftreten, ihrer strengen Hierarchie und ihrem abgeschotteten Gruppenverhalten. Motorräder spielen für sie eine untergeordnete Rolle.

Derzeit ist in Bayern nur die rockerähnliche Gruppierung United Tribuns von Relevanz. Nach dem bundesweiten Verbot der rockerähnlichen Gruppierung Osmanen Germania BC im Juli 2018 zeigten sich vereinzelt Mitglieder des verbotenen Chapters „Osmanen Germania BC Nomads“ in der Öffentlichkeit mit Kapuzenpullovern

mit der Aufschrift LOYALTY 312 Günzburg. Die Zahl 312 steht mutmaßlich für die PLZ von Günzburg (89312).

Die Mitgliederzahl der in Bayern relevanten 1%er-Gruppierungen, ihrer Supporterclubs und der rockerähnlichen Gruppierungen ist mit ca. 1.500 Personen weitgehend stabil.

## **2. Gefährdungslage**

Derzeit ist die Lage in Bayern und überwiegend auch im Bund eher ruhig. Dies hängt auch mit der Verfassungsbeschwerde der drei großen OMCGs (HAMC, BMC, Gremium MC) beim Bundesverfassungsgericht gegen die Novellierung des Vereinsgesetzes zusammen. Mit der Novellierung des Vereinsgesetzes ist den betroffenen Rockergruppierungen verboten, ihre Clubabzeichen öffentlich zu tragen. Dennoch kann es aufgrund der hohen Gewaltbereitschaft der Gruppierungen situativ jederzeit zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen.

Öffentlichkeitswirksame Auseinandersetzungen zwischen den Gruppierungen wurden in Bayern und im übrigen Deutschland in der Vergangenheit überwiegend vor dem Hintergrund selbst erhobener Macht- bzw. Gebietsansprüche sowie interner Streitigkeiten ausgetragen. Dabei wurden u. a. Waffen (bis hin zu Schusswaffen) oder sonstige gefährliche Gegenstände eingesetzt.

## **3. Gewalttätige Aktion in Bayern**

Am 3. Februar attackierten vier Mitglieder des Chapters Gremium MC Straubing nach einem Eishockeyspiel in Nürnberg mehrere Polizeibeamte und verletzten



diese zum Teil schwer. Nachdem die Polizeibeamten einen der Täter beobachtet hatten, wie er während des Spiels im Gästeblock ein Blocknummern-Schild beschädigte, wollten sie nach Spielende abseits der Arena die Personalien des Mannes feststellen. Alle vier Beschuldigten leisteten massiv Widerstand durch körperliche Gewalt (Schläge und Tritte). Einem Polizeibeamten wurde der Schlagstock entrissen und als Tatmittel eingesetzt. Ein Polizeibeamter wurde u. a. durch Fingerstiche in die Augen erheblich verletzt.

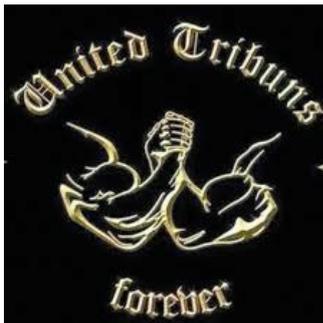
de der Schlagstock entrissen und als Tatmittel eingesetzt. Ein Polizeibeamter wurde u. a. durch Fingerstiche in die Augen erheblich verletzt.

#### **4. Neugründungen in Bayern**

Am 1. Mai wurde im Raum Rosenheim das Charter Hells Angels MC Rosenheim neu gegründet. Das Charter Rosenheim ist aus einem Splitting des Charters Hells Angels MC Munich Area hervorgegangen. Das neue Charter verfügt mit dem Red Devils MC Rosenheim über einen Supporterclub. Damit gibt es in Bayern nach wie vor neun Hells Angels-Charter, nachdem das in 2018 gebildete Charter in Lindau zwischenzeitlich aufgrund seiner Clubräume in Friedrichshafen zu Baden-Württemberg gerechnet wird.



Nach einem Absinken der Mitgliederzahlen des United Tribuns MC in Bayern im letzten Jahr konnte im 1. Halbjahr 2019 nach der Neugründung eines Chapters in München wieder ein Anstieg festgestellt werden. Nach seiner Auflösung im März 2018 hat sich im Mai 2019 das Chapter München wieder neu formiert. Neben München existieren in Bayern noch fünf weitere Chapter in den Regionen Augsburg, Ingolstadt, Landsberg am Lech, Nürnberg und Neu-Ulm/Ulm. Die Auflösung des Chapters München im März 2018 war auf Streitigkeiten mit dem Hells Angels MC Munich Area Charter zurückzuführen, welches für den Raum München alleinige Gebietsansprüche reklamiert. In Folge der Neugründung kann mit erneuten Spannungen zwischen den beiden Gruppierungen in München gerechnet werden.



#### **5. Verurteilungen in Bayern**

Am 23. Januar wurden zwei Mitglieder des Charters Hells Angels MC Munich Area durch das Landgericht München u. a. wegen gefährlicher Körperverletzung zu 7 Jahren und 9 Monaten bzw. 7 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Ein drittes Mitglied dieses Charters erhielt eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und 4 Monaten. Die Angeklagten wurden für schuldig befunden, am 31. Oktober 2017 mehrere Geschädigte im Innen- und Außenbereich einer Diskothek in München nach zunächst verbalen Streitigkeiten tätlich angegriffen zu haben. Die Geschädigten erlitten erhebliche Verletzungen durch Schläge und Tritte. Einer der Angeklagten packte u. a. im Außenbereich der Diskothek ein massives Sperrgitter und wuchtete es in Richtung eines Geschädigten, wobei er diesen am Rücken traf. Anschließend

schlug er erneut mit der Seitenkante des Sperrgitters gegen den Rücken des bereits am Boden liegenden Betroffenen. Sodann packte er einen Hocker, hob ihn hoch und schmetterte diesen neben dem Geschädigten auf den Boden. Die Haupttäter standen bei der Tatausführung unter Alkohol- und Drogeneinfluss.